



## Wortprotokoll der 34. Sitzung

### Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Berlin, den 20. März 2019, 11:00 Uhr  
10557 Berlin, Paul-Löbe-Allee 2  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal 4.900

Vorsitz: Klaus Ernst, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

- a) Antrag der Abgeordneten Reinhard Houben, Michael Theurer, Thomas L. Kemmerich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

#### **Attraktivität Deutschlands für ausländisches Kapital sichern**

**BT-Drucksache 19/4216**

#### **Federführend:**

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

#### **Mitberatend:**

Auswärtiger Ausschuss  
Finanzausschuss

- b) Antrag der Abgeordneten Katharina Dröge, Kerstin Andreae, Dr. Konstantin von Notz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### **Schlüsseltechnologien und Kritische Infrastruktur schützen – Standortattraktivität für Investitionen sichern**

**BT-Drucksache 19/5565**

#### **Federführend:**

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

#### **Mitberatend:**

Auswärtiger Ausschuss  
Ausschuss für Inneres und Heimat  
Finanzausschuss  
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur  
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

**Mitglieder des Ausschusses<sup>1</sup>**

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Bleser, Peter Durz, Hansjörg Grotelüsch, Astrid Hauptmann, Mark Heider, Dr. Matthias Helfrich, Mark Knoerig, Axel Koeppen, Jens Lämmel, Andreas G. Lenz, Dr. Andreas Loos, Bernhard Metzler, Jan Müller (Braunschweig), Carsten Pfeiffer, Dr. Joachim Rouenhoff, Stefan Stein (Rostock), Peter Willsch, Klaus-Peter	Dött, Marie-Luise Grundmann, Oliver Holmeier, Karl Kemmer, Ronja Körber, Carsten Kruse, Rüdiger Linnemann, Dr. Carsten Mattfeldt, Andreas Möring, Karsten Nicolaisen, Petra Nüßlein, Dr. Georg Pols, Eckhard Ramsauer, Dr. Peter Schweiger, Torsten Steier, Andreas Stetten, Christian Frhr. von Vries, Kees de
SPD	Freese, Ulrich Gremmels, Timon Junge, Frank Katzmarek, Gabriele Mohrs, Falko Poschmann, Sabine Rimkus, Andreas Saathoff, Johann Töns, Markus Westphal, Bernd	Bartol, Sören Jurk, Thomas Kapschack, Ralf Kofler, Dr. Bärbel Miersch, Dr. Matthias Raabe, Dr. Sascha Scheer, Dr. Nina Schmidt, Uwe Schüle, Dr. Manja Stamm-Fibich, Martina Thews, Michael
AfD	Chrupalla, Tino Heßenkemper, Dr. Heiko Holm, Leif-Erik Komning, Enrico Kotré, Steffen Müller, Hansjörg	Bernhard, Marc Espendiller, Dr. Michael Hollnagel, Dr. Bruno Kraft, Dr. Rainer Spaniel, Dr. Dirk Witt, Uwe
FDP	Houben, Reinhard Kemmerich, Thomas L. Klinge, Dr. Marcel Neumann, Dr. Martin Todtenhausen, Manfred Weeser, Sandra	Bauer, Nicole Kulitz, Alexander Reinhold, Hagen Solms, Dr. Hermann Otto Theurer, Michael Ullrich, Gerald

<sup>1</sup> Die Anwesenheitslisten sind diesem Protokoll angefügt.



	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
DIE LINKE.	Beutin, Lorenz Gösta Ernst, Klaus Lutze, Thomas Meiser, Pascal Ulrich, Alexander	Dağdelen, Sevim De Masi, Fabio Riexinger, Bernd Tatti, Jessica Wagenknecht, Dr. Sahra
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Andreae, Kerstin Dröge, Katharina Janecek, Dieter Nestle, Ingrid Verlinden, Dr. Julia	Badum, Lisa Baerbock, Annalena Kotting-Uhl, Sylvia Krischer, Oliver Müller, Claudia

**Sachverständige:****Dr. Stefan Mair**

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)

**Prof. Dr. Markus Taube**

Universität Duisburg-Essen

**Dr. Volker Treier**

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)

**Prof. Dr. Sebastian Dullien**

Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)

**Ulrich Ackermann**

Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA)

**Mikko Huotari**

Mercator Institute for China Studies (MERICS)



### Tagesordnungspunkt 1

a) Antrag der Abgeordneten Reinhard Houben, Michael Theurer, Thomas L. Kemmerich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

#### **Attraktivität Deutschlands für ausländisches Kapital sichern**

##### **BT-Drucksache 19/4216**

b) Antrag der Abgeordneten Katharina Dröge, Kerstin Andreae, Dr. Konstantin von Notz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### **Schlüsseltechnologien und Kritische Infrastruktur schützen – Standortattraktivität für Investitionen sichern**

##### **BT-Drucksache 19/5565**

Der **Vorsitzende**: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie recht herzlich zur heutigen öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Dieser Anhörung liegt zugrunde: Ein Antrag der Fraktion der FDP „Attraktivität Deutschlands für ausländisches Kapital sichern“ auf BT-Drs. 19/4216 und ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Thema „Schlüsseltechnologien und Kritische Infrastruktur schützen – Standortattraktivität für Investitionen sichern“ auf BT-Drs. 19/5565. Ich begrüße im Einzelnen erst einmal unsere Sachverständigen, die unserem Ausschuss heute zur Verfügung stehen. Ich habe eben zur Kenntnis genommen, dass Herr Prof. Dr. Taube etwas später kommt. Ich begrüße Herrn Dr. Stefan Mair vom Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., ich begrüße Herrn Dr. Volker Treier vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag e.V., Prof. Dr. Sebastian Dullien von der Hochschule für Technik und Wirtschaft, Herrn Ulrich Ackermann vom Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. und Herrn Mikko Huotari vom Mercator Institute for China Studies. Ich heiße Sie recht herzlich willkommen. Ich begrüße natürlich ebenfalls unsere Kolleginnen und Kollegen vom Ausschuss und für die Bundesregierung Herrn PStS Thomas Bareiß. Des Weiteren nehmen Fachbeamte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie an der Anhörung teil, die ich ebenfalls recht herzlich begrüße. Ich begrüße auch die Vertreter der Länder, die

Vertreter der Bild-, Ton- und Printmedien und natürlich nicht zuletzt auch unsere Zuhörer. Zum Ablauf der Sitzung: Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Anhörung nicht in Themenblöcke aufzuteilen. Wir führen die Befragung unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen durch, gehen deshalb nach der sogenannten AZUR-Liste (Anteile, Zugriffe, Reihenfolge) vor und werden 29 Fragerunden durchführen. Wir haben 120 Minuten Zeit und sind darauf angewiesen, dass sich sowohl die fragenden Abgeordneten als auch die Sachverständigen möglichst kurz fassen. Die Fraktionen sind daher übereingekommen, dass pro Wortmeldung eine maximale Redezeit von insgesamt vier Minuten für Frage und Antwort unbedingt eingehalten werden muss. Bei einer Zeitüberschreitung müsste ich im Interesse aller als Vorsitzender dann tätig werden. Es gilt also der Grundsatz: Je kürzer die Frage, umso mehr Zeit steht für die Antwort zur Verfügung. Meine weitere Bitte an die fragstellenden Kolleginnen und Kollegen: Bitte nennen Sie stets zu Beginn Ihrer Frage den Namen des Sachverständigen, an den sich die Frage richtet. Eingangsstatements der Sachverständigen sind nicht vorgesehen aufgrund der knappen Zeit. Die schriftlichen Stellungnahmen, die Sie uns geschickt haben, wurden bereits verteilt. Zur Anhörung wird ein Wortprotokoll erstellt. Zur Erleichterung derjenigen, die das Protokoll erstellen, werden die Sachverständigen vor jeder Abgabe einer Stellungnahme von mir namentlich aufgerufen. Das wären alle Formalitäten. Die hätten wir jetzt soweit abgehandelt, und als Erstes rufe ich auf Herrn Dr. Pfeiffer.

Abg. **Dr. Joachim Pfeiffer** (CDU/CSU): Vielen Dank Herr, Vorsitzender. Meine erste Frage geht an Herrn Dr. Treier und an Herrn Dr. Mair. Globalisierung benötigt einmal ja den freien Handel, aber auf der anderen Seite natürlich auch diskriminierungsfreien Zugang von Investitionen, sowohl bei uns hier in Deutschland als auch umgekehrt, so wie vice versa und ein „level playing field“. Da würde ich von Ihnen gern hören, wie Sie die aktuellen Entwicklungen dort weltweit einschätzen und wie wir aus Ihrer Sicht auch in Deutschland darauf reagieren sollten, damit wir auch diese Offenheit möglichst maximal erhalten oder gar noch ausbauen und nicht Gefahr laufen,



den Investitionsstandort Deutschland zu gefährden.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Mair bitte.

**SV Dr. Stefan Mair** (BDI): Vielen Dank für die Frage, Herr Dr. Pfeiffer. Wir sehen natürlich, wie wichtig Auslandsinvestitionen sind, gerade auch für deutsche Unternehmen. Wir haben in den letzten 10 bis 15 Jahren massive Investitionen im Ausland gesehen. Diese waren von außerordentlicher Bedeutung, um globale Wertschöpfungsketten aufzubauen, um Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, um Märkte auch zu erobern und Eintritt in Märkte zu bekommen. Wir sehen mit großer Sorge, dass es tatsächlich einen deutlichen Trend gibt, die Hürden für Auslandsinvestitionen international hochzuschrauben. Wir haben natürlich ein hohes Niveau der Protektion in China mit der einen oder anderen Erleichterung in den letzten Jahren, aber die grundsätzliche Problematik bleibt. Es gibt eben auch in Europa und in den USA Stimmen, die sagen: „Wir müssen auch unsere Hürden erhöhen!“. Aus unserer Sicht wäre das ein völlig verfehltes „Hase-und-Igel-Rennen“, das letztendlich eine Eskalationsspirale auslöst, bei dem wir als Bundesrepublik nur verlieren können. Unsere Wirtschaft ist in einem hohen Maß außenorientiert, nicht nur in Sachen Exporten, sondern auch in Sachen Importen. Wir haben ein großes Interesse, diese Außenorientierung weiter beizubehalten, und dazu brauchen wir eben auch die Freiheit für Auslandsinvestitionen, sei es in Deutschland und Europa oder auch für europäische Investitionen im Ausland.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Treier bitte.

**SV Dr. Volker Treier** (DIHK): Danke für die Frage, Herr Dr. Pfeiffer. Herr Vorsitzender, die Globalisierung kann man in verschiedenen Ausprägungen messen. Die Auslandsinvestitionen sind dabei eine ganz wichtige Messgröße. Diese haben sich seit Anfang der 1990er Jahre, der BDI hat dies noch einmal aufgelistet, ich glaube verzweifelt oder verzwanzigfacht, jedenfalls in Deutschland nicht in diesem Maß, auch nicht in dem Maße, wie deutsche Unternehmen im Ausland aktiv geworden sind. Dies hat sich wiederum versechsfacht, deutsche Auslandsinvestitionen seit An-

fang der 1990er bis heute. Wenn man den Kapitalbestand bemisst, kommen wir auf einen Wert von 1,1 Billionen Euro Investitionen über Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland und 7,2 Millionen Arbeitsplätze. Wiederum ausländische Unternehmen im Inland haben immerhin oder nur weniger als 500 Milliarden Euro investiert. Hier gibt es also eine Lücke, und diese geht im Übrigen auch mit einer Investitionslücke einher, die der Deutscher Industrie- und Handelskammertag vor vier Jahren festgestellt und auf 80 Milliarden Euro jährlich taxiert hat. Das Thema hat sich bis heute nicht gelöst. Von dieser Offenheit wiederum, wenn wir nach draußen gehen, von der leben wir, weil das auch ziemlich viel Handel und Arbeitsplätze nach sich zieht. Eine letzte Beobachtung am aktuellen Rand: Wir haben die Unternehmen befragt, die Umfrage ist ganz aktuell und heißt „Going International“ zu deutschen auslandsaktiven Unternehmen. Es gab noch nie so viele Handels- und Investitionshürden, die die deutschen Unternehmen weltweit feststellen wie am aktuellen Rand.

Der **Vorsitzende**: Danke. Kollege Westphal bitte.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank Herr Vorsitzender, vielen Dank meine Herren, dass Sie uns als Sachverständige zu einem ganz spannenden Thema zur Verfügung stehen. Ich habe eine Eingangsbemerkung beziehungsweise eine Eingangsfrage an Herrn Prof. Dr. Dullien. Es ist, glaube ich, nicht immer die Frage, ob man rechte oder linke Politik macht, sondern die Frage ist, ob man eine offene Gesellschaft ist oder nicht. Deutschland hat sich da Gott sei Dank klar bekannt, dass wir eine weltoffene Gesellschaft sind und auch ein Wirtschaftssystem haben, was offen ist für Direktinvestitionen, was uns auch nutzt. Und diese Frage, die ich an Sie stellen will, Herr Prof. Dr. Dullien, ist: Wie beschreibt man kritische Infrastruktur? Was gehört eigentlich dazu? Was bedeutet öffentliche Ordnung und Sicherheit? Wie müssen solche Kriterien aussehen? Oft sagt man, es ist natürlich klar Kommunikation und Strom, aber was gehört noch dazu? Wie würden Sie diese Kriterien beschreiben und wie müssen solche Prüf- und Meldepflichten aussehen?

Der **Vorsitzende**: Herr Prof. Dr. Dullien bitte.



**SV Prof. Dr. Sebastian Dullien** (HTW): Ganz herzlichen Dank für die Einladung und für die Frage. Der Begriff der kritischen Infrastruktur ist ja ein legaler Begriff. Dieser ist im Gesetz über das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik entlehnt, und er wird in einer zugehörigen Verordnung zur Bestimmung kritischer Infrastruktur näher definiert. Eine ganze Reihe von Regelungen, wie auch die Außenwirtschaftsverordnung, beziehen sich auf diese Regelung dort. Im Grunde sind das Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe oder erhebliche Störungen im normalen Leben der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft stattfinden. Da gehören ganz klar die Strom- und Energieversorgung, die Trinkwasserversorgung, die Telekommunikation, die Krankenhäuser und Zahlungssysteme dazu. Also im Grunde alles, wo jemand, der das böse meint, über eine Sabotage großen Schaden anrichten könnte. Definiert ist das, da kann man sich jetzt über die Details streiten, da gibt es lange Verordnungen über verschiedene Bereiche, da sind auch beispielsweise große Lebensmittelproduzenten und so weiter mit enthalten. Ich glaube, es ist ganz wichtig zu sehen, dass auch, wenn man eine offene Gesellschaft ist, eben diese kritische Infrastruktur geschützt werden muss, weil diese offene Gesellschaft sich nur verteidigen kann, wenn das auch wirklich passiert. In dem Sinne brauchen wir dort einen besonderen Schutz. Ich glaube auch, dass wir gar nicht so sehr über die spezifischen Details, ob man jetzt mit so und so viel Megawatt schon von einer kritischen Infrastruktur reden muss. Sondern man muss grundsätzlich darüber reden, dass man sich das im Detail anschauen muss, und es ist auf der anderen Seite wichtig, dass klare Kriterien festgelegt werden, die nachvollziehbar sind und die auch Investoren eine Gewisse Art von Vertrauensschutz oder einen Schutz geben, dass sie sagen können, wann wir unter diese Regelung fallen und wann wir eben nicht unter diese Kontrollen fallen. Ich glaube, wenn man dies so definiert und zeigt, dann kann man gleichzeitig auch nach außen signalisieren, dass man eine weltweite offene Gesellschaft ist, die der Globalisierung zugewandt ist und gleichzeitig seine eigene kritische Infrastruktur schützt. Das ist übrigens etwas, was ja alle möglichen Länder dieser Welt tun. Zum

Teil kann man sich fragen, die USA hat ja mit einer ähnlichen Argumentation die Übernahme des Zahlungsdienstleisters MoneyGram durch ein chinesisches Unternehmen untersagt. Da kann man sich fragen, ob das wirklich schon eine kritische Infrastruktur ist. Aber die sind über Datensicherheit gegangen und haben gesagt, die Datensicherheit von ganz vielen US-Amerikanern ist nicht gesichert; und da sind auch viele Militärangehörige dabei; und darüber ist dann eine Erpressbarkeit gegeben; und deshalb ist dies untersagt worden. Das ist irgendwo auch nachvollziehbar. Und zu einer offenen Gesellschaft gehört eben auch der Schutz des demokratischen Fundaments.

**Der Vorsitzende:** Danke, Herr Müller bitte.

**Abg. Hansjörg Müller** (AfD): Ich habe eine Frage an Herrn Ackermann vom VDMA. Mir ist aufgefallen, dass Ihre Ausarbeitung die einzige schriftliche Ausarbeitung ist, die sich auch positiv über das Wirken chinesischer Investoren in Deutschland ausspricht, wenn Sie schreiben „für ein Absaugen von technologischem Knowhow gibt es zum jetzigen Zeitpunkt keine Anzeichen, vielmehr stattdessen die chinesischen Mutterunternehmen ihre Töchter mit ausreichend Finanzmitteln aus und halten sich aus dem Tagesgeschäft heraus“. Daraus entsteht jetzt bei mir folgende Frage: Ich hätte gern, dass man einen weiteren Gradmesser entwickelt, nach dem man ausländische Investitionen bei uns bewertet, und zwar den kulturhistorischen Hintergrund, aus dem die Investoren kommen. Wenn man sich veranschaulicht, Chinesen planen kulturhistorisch bedingt in Ein- und zweihundertjahreszeiträumen, Russen planen in Fünfzigjahreszeiträumen und US-Amerikaner in einem bis zwei Quartalen. Das hat natürlich einen deutlichen Einfluss auf die Lang- oder Kurzfristigkeit einer Firmenentwicklung. Und deswegen bin ich der Meinung, dass man diesen Maßstab auch einmal einführen könnte. Und ich wollte Sie fragen, nach welchen Kriterien Sie diesen entwickeln würden. Danke.

**Der Vorsitzende:** Herr Ackermann bitte.

**SV Ulrich Ackermann** (VDMA): Das ist eine tolle Frage an mich. Herzlichen Dank, auch dass ich hier als Gutachter sein darf. Es ist so, dass in der



Tat wie es in unserer Beschreibung enthalten ist, wir eine weltweite Branche sind. Ich muss es einmal ganz kurz erläutern. Wir leben vom Export. 85 Prozent dessen, was der deutsche Maschinenbau produziert, wird exportiert. Wir haben ungefähr eine Million Beschäftigte in Deutschland, wir haben aber auch 400.000 Beschäftigte im Ausland, und China ist nach den USA der zweitwichtigste ausländische Investitionsstandort. Wir sind da durchaus schon sehr tief verwurzelt. Umgekehrt ist ungefähr 20 Prozent des deutschen und auch des europäischen Maschinenbaus in ausländischer Hand im weitesten Sinne. Und da sind aber, im Gegensatz zu Ihren Vermutungen, die meisten Amerikaner. Amerikaner und Kanadier haben ungefähr 16 Prozent des deutschen Maschinenbaus in kapitalmäßiger Hand, und die Chinesen spielen da im Moment noch eine ganz untergeordnete Rolle, weil die Chinesen natürlich auch erst vor einigen Jahren begonnen haben, hier in Deutschland zu investieren. In der Tat denken Chinesen in anderen Dimensionen als die Amerikaner. Wenn die Amerikaner ein deutsches Unternehmen übernehmen, dann „stülpen“ sie mit brachialer Gewalt ihr amerikanisches System über das deutsche Unternehmen, was häufig gar nicht unserer Kultur entspricht. Da treffen manchmal sehr unterschiedliche Kulturen zusammen, wohingegen die Chinesen in der Tat eher längerfristig unterwegs sind und sich auch längerfristig orientieren und damit also beispielsweise Kapital einschließen, das Management weitgehend in Ruhe lassen und durchaus daran interessiert sind, dass sich der Standort Deutschland entwickelt, weil hier die hochwertige Technologie ist, die auch weiterentwickelt werden soll. Also dieses „Absaugen“ und „Wir machen die Hütte zu, nehmen unsere Maschinen und nehmen sie nach China!“ gab es vielleicht vor 20 Jahren einmal, aber das ist lange schon kein Thema mehr, das heißt sie sind daran interessiert, dass sich der Standort Deutschland positiv entwickelt. Und sie öffnen den chinesischen Markt in einer Art und Weise wie es ein deutsches, gerade ein mittelständisches Unternehmen allein nie erreichen könnte. Dies bedeutet, wir haben eigentlich bisher nur positive Erfahrungen mit chinesischen Unternehmen gemacht, die in der Tat langfristig denken. Gestern Abend hatten wir eine Diskussion mit Herrn Hoffmann vom

DGB, und er hat auch noch einmal öffentlich bestätigt, dass auch ihm nicht bekannt ist, dass chinesische Investoren hier irgendwo negativ auf die deutschen Unternehmen eingewirkt hätten.

**Der Vorsitzende:** Danke, Kollege Lämmel bitte.

**Abg. Andreas G. Lämmel (CDU/CSU):** Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Treier. Im Dezember 2018 hat ja die Bundesregierung die Prüfeintrittschwelle in der Außenwirtschaftsverordnung für bestimmte, besonders sicherheitskritische Erwerbe von Unternehmensanteilen von 25 auf 10 Prozent abgesenkt. Nun gebe ich zu, dass es ein kurzer Zeitraum ist, aber die Frage ist: Können Sie denn schon Wirkungen dieser Veränderungen der Außenwirtschaftsverordnung spüren? Oder gibt es im Prinzip schon Bekundungen von ausländischen Investoren, die möglicherweise Interesse in Deutschland hatten, dies jetzt praktisch nicht mehr anzugehen oder welche Reaktionen sind Ihnen bekannt?

**Der Vorsitzende:** Herr Dr. Treier bitte.

**SV Dr. Volker Treier (DIHK):** Danke, Herr Lämmel. Uns sind keine Reaktionen in dem Sinne bekannt, dass wir von konkreten Fällen wissen, dass Investoren jetzt abgeschreckt sind, nach Deutschland zu kommen jenseits des einen Falls. Dieser bezog sich aber schon auf einen Zeitpunkt vor dieser Veränderung im Dezember, wo ein chinesischer Investor in ein mittelständisches deutsches Unternehmen nicht investiert hat, nachdem es die Entscheidung hätte geben sollen im Kabinett. Also, die sind im Vorfeld dann abgesprungen. Jenseits dessen sind uns nach der Veränderung noch keine Fälle bekannt. Umso mehr raten und bitten wir, dass wir ein Impact assessment aufstellen, wo wir nach einem gewissen Zeitraum diese Fragen auch diskutieren können. Und umso mehr schätzen wir, dass wir heute hier in diesem Raum die Diskussion überhaupt erst einmal führen, ob denn das sinnvoll ist, ob diese Absenkungsschwelle von 25 auf 10 Prozent sinnvoll ist, welchen Hintergrund das hat, weil, Sie hören da auch eine gewisse Skepsis oder auch eine Kritik heraus, die Veränderungen der Außenwirtschaftsverordnung ohne die Einbeziehung des Deutschen Bundestages, aber auch ohne strukturierte



Einbeziehung der potenziell Betroffenen, durchgeführt wurden und das haben wir währenddessen kritisiert, vielleicht nicht so laut, aber hier ist eine gewisse Kritik da, und die bezieht sich auch auf die Einschätzung von Unternehmen. Eine ganz aktuelle Umfrage, die wir noch nicht veröffentlicht haben, aber in drei Tagen veröffentlicht werden, ein sogenanntes Europa-Unternehmens-Barometer aus den Industrie- und Handelskammern kommt auf das Thema, die Frage haben wir gestellt. Beschränkungen, Unternehmen ganz oder in Teilen an ausländische Investoren zu veräußern, müssen ein Ausnahmefall bleiben.

44 Prozent der in den Vollversammlungen der Industrie- und Handelskammern vertretenen 79 Unternehmen haben geantwortet, stimmen zu. Das heißt, Beschränkungen müssen eine Ausnahme bleiben. Und 20 Prozent stimmen dem nicht zu. Es gibt also eine strukturelle Mehrheit derjenigen, die sagen: „Wir haben Beschränkungen, die aber eine Ausnahme bleiben müssen.“ Jetzt können wir diskutieren, ob die Absenkung der Prüfschwelle eine Beschränkung ist, und wir sagen ja, weil die Absenkung der Prüfschwelle wird, zumindest ist das unsere Erwartung, die Anzahl der potenziell im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu prüfenden Fälle erhöhen. Es sei denn, die Unternehmen werden entmutigt, sich überhaupt an deutschen Unternehmen zu beteiligen und hier mehr zu investieren. Wenn das der Fall ist, wäre das eine Einschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit. Dann ist das auch eine Einschränkung, wenn durch die Prüfdauer, also so eine Entmutigung stattfände, eine Einschränkung auch der Veräußerung von rechtmäßig erworbenem Eigentum. Und das bedarf einer stärkeren Begründung als wir es bisher vorliegen haben.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Houben bitte.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich komme aus der Kommunalpolitik, und in der Vergangenheit schlug man sich vor Freude auf die Schenkel in den Kommunen, wenn man ein chinesisches Unternehmen anwerben konnte, und man war riesig froh, solche Verbindungen herzustellen. Es wurden also „China-Willkommens-Feste“ veranstaltet in Deutschland. Vor diesem Hintergrund möchte ich nun fragen, weil es ja eben hauptsächlich eine China-Debatte ist und nicht insgesamt eine Frage

ausländischer Investitionen. Herr Ackermann, welche Bedeutung hat ein Einstieg durch ein ausländisches Unternehmen beziehungsweise ein chinesisches Unternehmen für die zukünftige Nutzung der Technologie eines Unternehmens? Es besteht ja immer die Angst des technologischen Ausverkaufs und, Herr Dr. Mair, mich würde interessieren: Schießen wir uns durch diese Diskussion nicht selbst ins Knie als Deutsche? Die Zahlen sind ja eben genannt worden. Wir sind ja eigentlich im Ausland mindestens genauso „böse“ als Investor und steigen in ausländische Unternehmen ein mit deutschem Geld. Danke.

Der **Vorsitzende**: Das war jetzt eine Frage an Herrn Ackermann und eine Frage an Herrn Mair. Vielleicht können Sie sich die Redezeit teilen. Herr Ackermann bitte.

SV **Ulrich Ackermann** (VDMA): Welche Bedeutung hat der Einstieg eines chinesischen oder ausländischen Investors beim Thema Technologie? Eigentlich keinen, weil ein Unternehmen in Deutschland beispielsweise eine Technologie hat und diese nutzt. Wenn diese Technologie tatsächlich kritisch sein sollte nach der Definition, dann kann diese Technologie auch nur ins Ausland transferiert werden, wenn es dafür eine Exportgenehmigung gibt. Um es klar zu sagen: Ein deutsches Unternehmen will seine Technologie zum Beispiel in eine Tochtergesellschaft nach China exportieren und das ist eine kritische Technologie, dann kann er das erst nach einer Exportgenehmigung. Wir haben durchaus Fälle im Maschinenbau, wo diese Genehmigung auch verweigert worden ist. Zu sagen, ein Ausländer übernimmt ein deutsches Unternehmen und damit ist die Technologie weg, ist durchweg falsch. Das muss ich ganz klar sagen. Das Zweite ist, vieles steckt gar nicht in Technologie im Sinne von, dass es irgendwie per Patent geschützt ist oder es in irgendwelchen Blaupausen enthalten ist, sondern im Maschinenbau steckt eigentlich die Technologie in dem Knowhow der Belegschaft, das heißt, dass die Verfahrenstechnologie in der Produktion, wie ich die Maschine genau herstelle, das ist über Jahrzehnte Erfahrung gewachsen, die über mehrere Generationen der Arbeitnehmer weitergegeben wird. Da steckt das Hauptknowhow drin, und



das kann ich nicht einfach transportieren in irgendein anderes Land, egal wohin. Da müsste man die ganze Belegschaft transferieren, und das macht natürlich keiner mit. Also passiert aus unserer Sicht beim Thema Technologie relativ wenig, wenn ein ausländischer Hersteller das übernimmt.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Mair bitte.

**SV Dr. Stefan Mair** (BDI): Ich kann es kurz machen. Herr Ackermann hat viel von dem gesagt, was ich nur wiederholen könnte. Vielleicht noch einmal ganz kurz zu der Frage, Investitionen auch im kommunalen Bereich, und da kommen wir natürlich in das Segment, das Herr Prof. Dr. Dullien schon ausgeführt hat – kritische Infrastruktur. Wir als Verbände und als Wirtschaft akzeptieren völlig, dass der Schutz von nationaler Sicherheit und öffentlicher Ordnung ein hohes Gut ist, das auch Investitionskontrollen unterliegen muss. Dazu gehören Teile der Infrastruktur, wenn sie einen kritischen Charakter haben. Und ich glaube, der Vorteil der gegenwärtigen Diskussion, die wir führen, ist, dass das die Sensibilität mit Sicherheit erhöht hat für Investitionen in diesem Bereich und kritisch hinterfragt wird: Was ist denn in diesen Investitionen – auch zum Teil in die kommunale Infrastruktur – kritisch, und was ist nicht kritisch? Ich würde nicht sagen, dass wir uns „ins eigene Knie schießen“, aber ich würde den Punkt natürlich verstärken, dass jegliche Einschränkung, die wir selbst in Sachen Auslandsinvestitionen vornehmen, natürlich auch im Ausland wahrgenommen wird und zu ähnlichem Verhalten führen kann und dann letztendlich das passiert, was Sie gesagt haben, dass wir uns auf eine Eskalationsspirale begeben.

Der **Vorsitzende**: Danke, Kollege Ulrich bitte.

Abg. **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.): Vielen Dank. Das entwickelt sich ja heute hier als eine „böse Klatsche“ für den Herrn Altmaier, wenn man sich die Stellungnahmen anhört oder sie liest. Nichtsdestotrotz, was wir nicht verkehrt finden, ich will auch einleitend noch einmal sagen, ich glaube, dass es ja eine Anhörung ist, die eine Lex China ist. Ich glaube, politisch gesehen weiß ich nicht, ob wir uns einen Gefallen damit tun,

chinesische Direktinvestitionen kritischer zu sehen als US-amerikanische. Wenn man das von der gegenwärtigen Politik abhängig macht, dann könnte es ja auch andersherum Probleme bereiten. Herr Prof. Dr. Dullien: In Ihrer Stellungnahme weisen Sie auf die Notwendigkeit deutscher als auch europäischer Änderungen zur Prüfung ausländischer Direktinvestitionen hin, dem des Schutzes der kritischen Infrastruktur. Sehen Sie diese auch positiv, um Schlüsseltechnologien und Schlüsselunternehmen zu schützen und zu halten? Können Sie diesen Punkt noch ein wenig ausführlicher darstellen, da dieses in den anderen Stellungnahmen Ihrer Kollegen kritisch gesehen oder sogar abgelehnt wird. Sind die heute diskutierten Änderungen im Außenwirtschaftsgesetz entscheidend für Innovationsfähigkeit und –tätigkeit der Unternehmen in Deutschland? Oder anders gefragt: Sind es nicht ganz andere Dinge, die den Standort Deutschland attraktiver gestalten müssten, Wirtschaftsstruktur, Industriepolitik etc.? Eine letzte Frage: In dem Antrag der FDP werden unter anderem sinkende Körperschaftsteuern gefordert, um die Investition und das Wachstum zu fördern. Wie bewerten Sie den Zusammenhang zwischen den viel zu geringen Investitionen in Deutschland und Europa und den realen Ergebnissen der Steuersenkungen in den letzten Dekaden?

Der **Vorsitzende**: Herr Prof. Dr. Dullien bitte.

**SV Prof. Dr. Sebastian Dullien** (HTW): Ganz herzlichen Dank für die Frage. Ich fange einmal an. Grundsätzlich gehen ja die Anträge, die wir heute hier haben, nicht darum, ob mit Fusions- und Übernahmekontrollen Schlüsseltechnologien und Schlüsselbranchen geschützt werden. Man merkt nur, dass es eigentlich in der Diskussion mitschwingt. Das ist eine Diskussion, die möglicherweise dahintersteckt, die aber nicht direkt darinsteht. Ich glaube, dies ist eine Diskussion, die wir führen müssen. Und Herr Ackermann hat natürlich völlig Recht, dass es nicht so ist, dass eine Firma kauft, abbaut, die Belegschaft entlässt, und damit ist die Technologie weg. Sondern das funktioniert schon ein wenig anders. Und man muss eben sagen, dass Technologietransfer zum Teil dadurch stattfindet, dass ein chinesisches Unternehmen eine Firma hier übernimmt, die dann über die Zeit in einen größeren Konzern integriert



wird. Und natürlich kaufen die Firmen, um bestimmte Technologien zu haben, ja nicht zufällig. Interessant ist hier, dass das in China staatsnahe Unternehmen sind, die zum Teil eben Kalküle mit einbeziehen, also Effekte auf die ganze Wirtschaft. Und da sind sie auch in der Lage mehr zu bezahlen als das jeder private deutsche Investor. Und dafür haben wir auch empirische Evidenz, dass in den Sektoren, die von der chinesischen Regierung als strategisch definiert worden sind, die Chinesen deutlich mehr bezahlen als der faire Marktpreis. Ich komme ganz kurz noch zu den Körperschaftssteuern. Ich glaube nicht, dass es eine sinnvolle Alternative zu allen anderen Wirtschaftspolitiken ist, die Körperschaftssteuer zu senken. Aus zwei Gründen: Erstens, wenn wir uns empirisch anschauen, was über die letzten Jahrzehnte passiert ist, die Körperschaftssteuersätze in Deutschland sind massiv gesenkt worden, insbesondere seit Mitte der 1990er Jahre, und die Investitionsquote ist weiter gefallen. Zweitens begeben wir uns auf einen Wettlauf um die Körperschaftssteuersätze, was das Steuersubstrat aushöhlt, und damit verringern wir die Möglichkeit, in Infrastruktur zu investieren. Und zurzeit haben wir aus meiner Sicht in Deutschland ein Problem verfallender öffentlicher Infrastruktur. Und wenn die Brücken für LKW gesperrt sind und ihre Ingenieure auf der Autobahn im Stau stehen oder weil der ICE mal wieder ausgefallen ist, einen halben Tag zu spät ankommen, das sind alles Produktivitätsverluste. Und von daher halte ich Körperschaftssteuersenkungen in diesem Zusammenhang für nicht zielführend.

Der **Vorsitzende**: Danke, Kollegin Dröge bitte.

Abge. **Katharina Dröge** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Herrn Huotari. Man kann ein wenig anschließen an das, was Herr Prof. Dr. Dulien als letztes gesagt hat. Heute ging die Reuters-Meldung herum, China will eine neue Ära in den Beziehungen zu Italien einleiten. Sie haben sich jetzt sehr viel mit den Auslandsdirektinvestitionen aus China beschäftigt in Ihren Studien, und ich würde Sie bitten einmal darzustellen, wie Sie die Entwicklung der Auslandsdirektinvestitionen bewerten, inwieweit diese auch als strategisch bewertet werden müssen, inwieweit es konkret um kritische Infrastruktur geht, inwieweit es einen

Zusammenhang gibt mit der Strategie „Made in China 2025“ und wo aus Ihrer Sicht dort Risiken für Europa liegen.

Der **Vorsitzende**: Herr Huotari bitte.

SV **Mikko Huotari** (MERICS): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Und auch an Frau Dröge für die Frage und für die Einladung. Chinesische Direktinvestitionen in Europa sind ein neues Phänomen und in der Tat erst wirklich auf unserem Horizont. Insbesondere seit 2010/2011 ist ein massiver Anstieg insbesondere in den Jahren 2015 bis 2017 zu verzeichnen gewesen. Und das ist auch die Zeit, in der die europäische und die deutsche Debatte dazu begonnen haben. Wir haben in der Tat mit diesem Anstieg in 2015 bis 2017 auch eine zeitliche Überschneidung mit einer verstärkten Neuaufstellung der Industriepolitik in China, die damit verbunden ist, dass wir diese Debatte über „Made in China 2025“ haben, das heißt eine industriepolitische Strategie in China, die auf den Fortschritt und die Modernisierung, insbesondere in den zehn Kernindustrien abzielt. Und es gibt eben eine starke Überlappung von Investitionen, die von chinesischen Unternehmen im Ausland getätigt werden mit diesen industriepolitischen Zielen, die mit viel Kapital zu Hause verfolgt werden, aber eben auch durch Unterstützung mit Blick auf Auslandsdirektinvestitionen. Welche Risiken verbinden wir damit? Zunächst einmal glaube ich festzustellen, dass es diese Überlappung gibt. Wir haben 2016/2017 einen großen Anteil im Bereich Informations-/Kommunikationstechnologie, Industriemaschinen und Infrastruktur gesehen, der, wie gesagt, eine große Überlappung mit diesen strategischen Zielen hat. Nicht jede von diesen Transaktionen ist direkt zurückzuführen auf ein politisches Programm oder auf politische Einflussnahme. Das ist definitiv hier festzuhalten. Aber es ist für uns auch anzuerkennen, dass mit China hier eben kein OECD-Staat investiert oder auch kein sicherheitspolitischer Partner. Und dementsprechend sind die Fragen der wettbewerbspolitischen Verzerrung, die damit einhergehen und auch die sicherheitspolitischen Risiken anders zu bewerten als wenn das Investoren aus unserem europäischen Nachbarland oder auch von unserem sicherheitspolitischen Partner USA wären. Ich glaube, es ist wich-



tig festzuhalten, dass wir weiterhin diese Überlappungen mit diesen industriepolitischen Zielen sehen. Wir haben im letzten Jahr einen Rückgang mit Blick auf Infrastrukturinvestitionen gesehen, weil die chinesische Regierung insbesondere auch aus innenpolitischen Gründen bestimmte Investitionen untersagt hat. Die Tatsache, dass die chinesische Regierung bestimmte Investitionen und Kapitalverkehr in einem großen Ausmaß kontrolliert, sollte uns auch zu denken geben mit Blick auf die politische Einflussnahme, die in diesem Bereich stattfindet. Ein Fakt, den ich Ihnen einfach hier kurz mitgeben will, ist, ohne dass ich das besonders problematisieren will, aber die Tatsache, dass wir einen Anstieg beispielsweise im Bereich Biotechnologie sehen. Dies ist direkt auch damit verbunden, Investitionen im Bereich Biotechnologie aus China, dass wir in China einen neuen Fokus industriepolitisch auf den Bereich Biotechnologie gesehen haben. Das Gleiche galt für Satellitentechnologie in der Vergangenheit. Es galt eben auch für Robotik, Automatisierungen und ähnliches. Entsprechend Risiken, die von uns zu bearbeiten sind, es geht hier nicht darum, Investitionen grundsätzlich in Frage zu stellen oder wie vielleicht auch gesagt wurde, hier so etwas fundamentalkritisch zu beurteilen, sondern wir brauchen ein Prüfungsregime. Und da sind ja im deutschen und im europäischen Kontext weit vorangeschritten, der sehr rational bewertet, wo Grenzen für uns sind mit Blick auf kritische Infrastrukturen und kritische Technologien. Und insofern sind, glaube ich, die Schritte, die zuletzt unternommen wurden, eher zu begrüßen.

Der **Vorsitzende**: Danke, Kollege Töns bitte.

Abg. **Markus Töns** (SPD): Vielen Dank, meine Fragen richten sich an Prof. Dr. Dullien. Wir haben es ja eben schon gehört, die Frage ist zunächst einmal: Handelt es sich bei den Investitionen um rein marktwirtschaftlich getriebene Entwicklungen oder sind das auch politische Strategien? Wie schätzen Sie das ein? Was mich interessieren würde, wir reden ja häufig auch über chinesische Bieter, wobei die ja nicht die große Menge der Direktinvestitionen im Moment betreffen. Aber können europäische und chinesische Bieter bei der Übernahme von Unternehmen auf

fairer Basis konkurrieren? Wo liegen gegebenenfalls die Unterschiede und wie ließen sich gleiche Wettbewerbsbedingungen denn herstellen?

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Prof. Dr. Dullien bitte.

**SV Prof. Dr. Sebastian Dullien** (HTW): Ich fange noch einmal ganz kurz mit den Zahlen an. Tatsächlich haben wir ja nicht, das ist vorher schon einmal gesagt worden, wahnsinnig viele chinesische Direktinvestitionen in Deutschland. Wenn man sich den Bestand anschaut, ich weiß, da gibt es Messprobleme, aber die Bundesbankzahlen sagen beispielsweise, dass die USA 86,7 Milliarden Euro Bestand bei uns hat und die Chinesen 3,6 Milliarden. Da sieht man schon das Verhältnis an der Stelle. Es spricht aber einiges dafür, dass hinter den chinesischen Investitionen tatsächlich strategische Überlegungen stehen. Zum einen ist es, wenn man sich wirklich anschaut, welche Branchen das sind, und das sind wirklich Branchen im großen Teil, die von der chinesischen Regierung im Rahmen der Strategie „Made in China 2025“, das haben wir ja schon genannt, und in anderen Strategien eben definiert worden sind. Wenn man sich dies anschaut, Schwerpunkte sind Automotive, der Maschinen- und Anlagenbau, Pharma, erneuerbare Energien und Infrastruktur. Und das ist eben tatsächlich das, wo China gesagt hat, da möchten wir Weltmarktführer sein. Wir möchten nicht nur zu den anderen aufschließen, sondern wir möchten sie eigentlich gern überholen. Wenn man sich noch einmal diese Studien ansieht, wo man ganz deutlich sieht, dass staatsnahe und Staatsunternehmen aus China mehr als den fairen Marktpreis bieten, dann kann man dies eigentlich nur dadurch erklären, entweder, dass die alle irrational sind, was ich den Chinesen nicht unterstellen würde, oder dass da implizit oder explizit eine Strategie des Technologietransfers auch für den Staat dahintersteckt. Das ist eben schon einmal gesagt worden, das ist kein OECD-Staat, sondern das ist eine gelenkte Marktwirtschaft mit einer sehr großen Staatsaktivität. Und die Unternehmen, das mag auch nicht direkt gelenkt sein von der chinesischen Regierung, aber Unternehmen, die sich dieser Strategie unterordnen, können eben auch materielle und immaterielle Unterstützung bei anderen Dingen erwarten. Von daher sind sie einfach



besser aufgestellt als europäische Bieter. Ich sehe ehrlich gesagt nicht, wie man eine unregulierte Marktwirtschaft so in ein „level playing field“ gegen Spieler, die eine massive staatliche Unterstützung und zum Teil auch implizite und explizite Subventionen bekommen, wie man das herstellen kann. Darum muss man eben aus meiner Sicht in bestimmten Fällen sagen, dass man das jetzt nicht mitmacht, wenn da gewisse nationale und europäische Interessen potenziell tangiert sind. Ich hoffe, ich habe Ihre Fragen jetzt beantwortet und nichts vergessen. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Rouenhoff bitte.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Eine Frage an den BDI: Herr Dr. Mair, der BDI hat sich ja vor kurzem in einem Papier zum Systemwettbewerb in China geäußert. Welche prioritären Maßnahmen muss die Bundesrepublik aus Ihrer Sicht ergreifen, um gerade auch mit Blick auf chinesische Auslandsinvestitionen im Systemwettbewerb Schritt halten zu können? Die zweite Frage geht an Herrn Dr. Treier. Wir haben in der Vergangenheit ja nur wenige Erwerbe von Seiten der Bundesregierung verhindert gesehen. Bestehende Sicherheitsbedenken konnten regelmäßig, insbesondere auch durch vertragliche Vereinbarungen mit den beteiligten Unternehmen ausgeräumt werden. Wie beurteilen Sie die Wirksamkeit solcher vertraglicher Lösungen, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die Unternehmen ihren Heimatstaaten direkten staatlichem Zugriff ausgesetzt sind beziehungsweise es gesetzliche Kooperationspflichten gibt?

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dr. Mair bitte.

SV **Dr. Stefan Mair** (BDI): Wir sind davon überzeugt, dass wir den Systemwettbewerb nicht bestehen können, indem wir unser System dem chinesischen System anpassen, sondern die Stärken unseres Systems hervorkehren müssen. Ich glaube, es wäre schon eine systemverändernde Anpassung, wenn wir den Staat in eine Rolle bringen, in der Zukunft für die Privatwirtschaft Zukunfts- und Schlüsseltechnologien zu bestimmen. Wir sollten hier nach wie vor technologieoffen agieren, wir sollten die richtigen Rahmenbedingungen für Innovationen schaffen, aber nicht versuchen, sozusagen eine chinesische „Made in

China 2025“ Strategie nachzuzahlen und Schlüsseltechnologien definieren. Herr Dr. Treier hat darauf verwiesen, Privateigentum, auch das Recht ein Unternehmen zu verkaufen, ist ein zentrales Element unserer marktwirtschaftlichen Ordnung. Die gilt es nach wie vor zu schützen und zu stärken. Wir sehen natürlich auch das Problem staatlicher Subventionierungen von Unternehmensübernahmen. Ich glaube, wir haben hier allerdings andere Instrumente, andere als die Außenwirtschaftsverordnung, um dagegen vorzugehen. Wir müssen auf europäischer Ebene über Anpassungen im Wettbewerbsrecht nachdenken, wir müssen darüber nachdenken, ob wir beispielsweise die staatliche Beihilfekontrolle, die innerhalb der EU sehr wirksam ist, ausdehnen können auf Drittländer, die über Subventionen Unternehmensübernahmen ermöglichen. Ich glaube, wir haben eine ganze Reihe von Instrumenten, die systemkonform sind und die wir stärken und reformieren müssten.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Treier bitte.

SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Vielleicht ein Punkt zum Thema „chinesische Investoren und Preise bei Unternehmensbeteiligungen“. Ich beziehe mich auf eine Untersuchung von Clemens Fuest, dem ifo-Präsidenten, zusammen mit anderen Wissenschaftlern aus dem Jahr 2018. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass chinesische Investoren mit staatlicher Unterstützung, die europäische Firmen übernehmen, nicht mehr zahlen als andere. Das ist aus den Daten erkennbar. Diese kommen also zu dem Ergebnis, dass da keine überhöhten Preise gezahlt werden. Zum Thema „Überprüfung von ausländischen Investoren“: Wenn das die Sicherheit und Ordnung gefährden würde, die ausländischen Investitionen, dann ist es absolut richtig, wichtig und notwendig aus Sicht der Wirtschaft, dass hier eine Überprüfung durch den deutschen Staat vollzogen wird. Und bei den sektorspezifischen Veränderungen in der Außenwirtschaftsverordnung gibt es überhaupt keinen Dissens. Bei den sektorübergreifenden Veränderungen gibt es eine Problematik. Und hier ist klar, dass eine gewisse Prüfpflicht besteht, dass auch eine Dauer vorgegeben wird. Die ist prinzipiell auf vier Monate beschränkt, die fängt aber erst an, wenn das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie noch Nachforderungen stellt an Unterlagen und



bei Unternehmensübernahmen oder signifikanten Beteiligungen. Es kann viele Unterlagen geben, sodass in der Theorie die Bearbeitungszeit relativ lange geht, und das gilt auch, wenn es dann um Vertragsverhandlungen zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem ausländischen Investor geht, wo über vertragliche Gestaltung die Sicherheit und Ordnung dann geregelt werden soll, das heißt in der Theorie dauert es bis in die Ewigkeit.

Der **Vorsitzende**: Danke. Es ist jetzt Herr Loos an der Reihe.

Abg. **Bernhard Loos** (CDU/CSU): Die erste Frage geht an Herrn Dr. Treier. Der DIHK schreibt auf Seite 3 „staatliche Beschränkungen, Unternehmen ganz oder in Teilen an ausländische Investoren zu veräußern, müssen auch im Hinblick auf das Eigentumsrecht der Unternehmer ein Ausnahmefall bleiben“. Eine Untersagung bedeutet immer einen schweren Eingriff in das Eigentumsrecht. Rechnen Sie damit, dass durch die Verschärfung mehr Fälle zur Entscheidung anstehen könnten und, wenn ja, in welchem Umfang? Dann hätte ich gern eine Frage an den BDI gestellt. Und zwar schreiben Sie auf Seite 5 „die Gefahr einer Spirale der weltweiten Abschottung von Märkten für Investitionen ist nicht von der Hand zu weisen“. Sind Sie der Auffassung, dass mit der aktuellen Verschärfung eine Grenze erreicht beziehungsweise schon überschritten ist, die Gefahren für Investitionen und Wachstum in Deutschland beinhaltet, wenn ein Unternehmensverkauf untersagt wird? Wie sollte eine staatliche Auffanglösung aussehen? Sollte die KfW mittels eines Sonderfonds an die Stelle der ausländischen Erwerber treten? Wie lange sollten solche Unternehmensanteile dann gehalten werden? Wer sollte dies kontrollieren? Danke.

Der **Vorsitzende**: Als erstes Herr Dr. Treier bitte.

SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Danke, Herr Loos, dies ist die entscheidende Frage. Der Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist ein sehr hohes Gut, und der rechtfertigt natürlich dann auch den Eingriff in die Kapitalverkehrsfreiheit beziehungsweise die Veräußerungsfreiheit von Eigentum. Wann ist jedoch die öffentliche Sicher-

heit und Ordnung gefährdet? Das ist das spannende Thema. Schützen wir Sicherheit und Ordnung stärker, wenn wir von bis zu einer 25 prozentigen Unternehmensbeteiligung heruntergehen auf 10 Prozent oder schützen wir es, indem wir klarer definieren, was wir eigentlich damit meinen, nämlich den Begriff der kritischen Infrastruktur? Der Begriff der kritischen Infrastruktur, also die Antwort ist letzteres. Wir müssen den Begriff der kritischen Infrastruktur genauer definieren. Und von 25 auf 10 Prozent zu gehen, damit haben wir sozusagen nicht den schwierigen Fall stärker identifiziert, indem wir möglichst weit den Bogen spannen und vielleicht Kollateralschaden produzieren und dass Investoren sich schon entmutigt fühlen, weil die Bearbeitungszeit, wie gerade angesprochen, sehr lange dauern kann beziehungsweise wenn einmal eine negative Entscheidung getroffen wurde, dass das aufzukauende oder das Unternehmen, wo die Beteiligung stattfindet, sich danach überhaupt nicht mehr auf dem Markt blicken lassen muss und der Wert des Unternehmens nach unten gegangen ist. Der Begriff der kritischen Infrastruktur ist im Anwendungsbereich der sektorübergreifenden Prüfung so weit gefasst, und auch der Verweis auf das Gesetz des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gibt hier keinen klareren Aufschluss. Und wenn wir jetzt über Industrie 4.0 sprechen und immer mehr Digitales in die industriellen Produkte Einzug halten wird, werden sich wohlmöglich alle Unternehmen aus diesen Bereichen aufgefordert fühlen, zum Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu gehen und zu sagen, dass, wenn ein ausländischer Investor kommt, dieser dann geprüft werden muss. Da haben wir nicht die Kapazitäten, um das zu bewerkstelligen, auch nicht im Bundeswirtschaftsministerium mit fünf Stellen.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Mair, es macht keinen Sinn mehr bei 12 Sekunden. Bei der nächsten Frage werde ich Sie dann noch einmal hinzuziehen. Dann kommt der Herr Mohrs von der SPD.

Abg. **Falko Mohrs** (SPD): Herzlichen Dank. Meine Frage geht an Herrn Huotari. Angeknüpft an die Frage zur Digitalisierung, was gerade angesprochen wurde, wir haben ja im Moment im Rahmen von 5G Huawei eine sehr intensive Diskussion darüber. Wenn wir jetzt vielleicht einmal einen



anderen Aspekt von Investitionen berücksichtigen, nämlich Investitionen aus dem Ausland hier in Deutschland in kritische Infrastruktur beziehungsweise in die Nutzung von Hardware. Mich würde von Ihrer Seite interessieren, wie Sie zu der Frage stehen: Müssen eigentlich alle Bestandteile von kritischer Infrastruktur an der Stelle dann wirklich in Deutschland beziehungsweise in Europa hergestellt sein? Oder würde nicht ein „operated/controlled by“ an der Stelle den besseren Ansatz bieten, um Sicherheit dort auch in kritischer Infrastruktur abzusichern?

Der **Vorsitzende**: Herr Huotari bitte.

SV **Mikko Huotari** (MERICS): Herr Mohrs, ganz herzlichen Dank für die Frage. Ich denke, es ist erst einmal wichtig zu unterscheiden, dass wir hier von unterschiedlichen Phänomenen sprechen. Das Eine ist eine Investition beziehungsweise eine Übernahme und/oder eine Beteiligung. Und in anderen Fällen geht es um Dienstleistungsverträge, Lieferverträge oder ähnliches. Insofern, glaube ich, regulatorisch auch anders aufgehängt, aber wenn Sie sozusagen konkret danach fragen, ob wir in bestimmten Bereichen kritischer Infrastruktur den Vorzug auf europäische Partnerländer oder sicherheitspolitische Partner setzen sollten, ist die einfache Antwort: Definitiv ja! Und mit Blick auf konkrete Technologien ist dies, glaube ich, unterschiedlich ausdifferenzieren, wie wichtig das wird. Wir haben uns in unserem Institut mit Blick auf die Frage der Verlässlichkeit und der Vertrauenswürdigkeit von chinesischen Telekommunikationsunternehmen positioniert. Es gab in der letzten Woche auch eine Anhörung dazu, dass es natürlich hier ganz grundsätzliche Fragen gibt mit Blick auf die Durchgriffsmöglichkeiten des chinesischen Staates auf Telekommunikationsunternehmen. Und entsprechend ist dies sicherlich aus der Perspektive kritisch zu beurteilen, unabhängig von der technologischen Frage, bei der wir erst einmal nicht die Experten sind, die Sie befragen müssten, ob es überhaupt grundsätzlich Eingriffsmöglichkeiten in diese Strukturen gibt. Wenn hier ein Restzweifel besteht, sind wir grundsätzlich dafür, dass wir eher hier das Prinzip „Vorsicht“ walten lassen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Wer möchte von der AfD sprechen? Herr Müller.

Abg. **Hansjörg Müller** (AfD): Ich habe eine gemeinsame Frage an Herrn Dr. Mair vom BDI und an Herrn Prof. Dr. Dullien. Der BDI stellt ja fest, dass die Bundesregierung die Möglichkeit hat, unionsfremde Investitionen zu untersagen. Das stellen Sie auch fest von der Hochschule in Berlin und schreiben aber dann, dass es aus volkswirtschaftlicher Sicht auch gute Gründe gäbe, Unternehmensübernahmen durch Nicht-EU-Länder, Nicht-EU-Investoren, Ausländer zu untersagen. Mir ist das zu „holzschnittartig“, also das heißt im Endeffekt, die EU-Investoren sind gut, und die Außer-EU-Investoren sind böse. Ich bitte Sie, da vielleicht ein wenig mehr Detailkriterien zu bringen, woher denn diese Unterscheidung kommt. Und ob man das nicht nach anderen Kriterien bewerten kann als ob jemand innerhalb oder außerhalb der EU kommt. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Mair bitte.

SV **Dr. Stefan Mair** (BDI): Wir haben natürlich über den Acquis communautaire und über den Binnenmarkt letztendlich verbindliche Regeln für alle Unternehmen, die innerhalb des EU-Binnenmarktes tätig sind. Insofern rechtfertigt sich daraus aus unserer Sicht auch die Unterscheidung. Wir gehen davon aus, dass Unternehmen natürlich, die aus der EU heraus agieren, den gleichen Regeln unterliegen. Und das stellt ja auch die Wirtschaftsordnung innerhalb der EU sicher. Ich sage noch ganz kurz etwas zu der Frage von Herrn Loos. Herr Loos, aus unserer Sicht ist mit der letzten Novelle die kritische Grenze noch nicht überschritten. Wir sehen aber mit Sorge, dass es jetzt eben die zweite Novelle innerhalb von 15 Monaten war, und dass letztendlich auch immer mehr Forderungen kommen, den Anwendungsbereich der Außenwirtschaftsverordnung auszudehnen, kritische Infrastrukturen, nationale Sicherheit breiter zu definieren und unter Umständen sogar ökonomische Kriterien mit hineinzunehmen. Und das betrachten wir mit großer Sorge! Aus unserer Sicht müssen wir diesen Trend stoppen, sonst haben wir dann tatsächlich eine kritische Grenze erreicht. Wir sehen jegliche staatliche Auffanglösung sehr kritisch. Aus unserer Sicht hilft es nicht und wird eher Wettbewerbsverzerrung mit befördern.



Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Prof. Dr. Dullien bitte.

**SV Prof. Dr. Sebastian Dullien** (HTW): Herzlichen Dank. Ich würde mich bei vielen Dingen anschließen, die Herr Dr. Mair gesagt hat, insbesondere der *Acquis communautaire*, den wir in der EU haben. Bei den EU-Staaten sind wir sicher, dass es sich um funktionierende Marktwirtschaften und funktionierende Demokratien handelt. Wir haben die Kopenhagen-Kriterien, wir haben einen Rechtsweg, wir haben das Verbot von Diskriminierung gegenüber EU-Bürgern. Und das haben wir außerhalb der Union nicht. Und das fängt schon in den USA an, wo, wenn es um Informationen geht, US-Bürger anders als Ausländer behandelt werden. Sie haben also einen anderen Zugang zum US-Rechtssystem als dies ein Deutscher hat. Und von daher kann auch im Fall der USA, was ja ein sicherheitspolitischer Verbündeter ist, können Regierungsinstitutionen schneller über US-Unternehmen auf Daten beispielsweise von EU-Bürgern zugreifen als das beispielsweise in Großbritannien der Fall wäre. Aus dem Grund, glaube ich, gibt es da schon eine deutliche Trennung zwischen EU und Nicht-EU-Übernahmen. Hinzu kommt, dass wir insbesondere in einer Reihe von großen Schwellenländern dann sehen, die noch nicht so entwickelte Institutionen haben, dass der Staat dort sehr stark in den Wirtschaftsprozess eingreift. Und das verzerrt eben noch einmal das „level playing field“. Und auch aus dem Grund finde ich, dass es völlig angemessen ist zu sagen, es gibt hier eine Unterscheidung zwischen EU und Nicht-EU. Zu guter Letzt haben wir natürlich auch im EU-Vertrag die Verpflichtung. Wir dürften überhaupt gar keine Kontrolle bei EU-Übernahmen durchführen, weil da eben das Verbot der EU-Ausländerdiskriminierung enthalten ist. Und aus diesem Grund brauchen wir hier darüber gar nicht zu reden, weil ich glaube, es ist auch inhaltlich völlig sinnvoll, dass man da so trennt und dass es keinerlei Beschränkungen für Übernahmen innerhalb der EU gibt.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Hauptmann bitte.

Abg. **Mark Hauptmann** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Mair und an Herrn Dr. Treier. Ich möchte ganz gern von Herrn Prof. Dr. Dullien die

Position mit dem „level playing field“ vertiefen. Freier Wettbewerb braucht ja auch vergleichbare Rahmenbedingungen. Und wir sehen eben gerade im Hinblick auf China, dass dieses „level playing field“, wenn es um Joint Venture Partner geht, wenn es um den Schutz des geistigen Eigentums, um Rechtstaatlichkeitsprozesse, um staatliche Firmen, die auch verstärkt staatliche Kredite und finanzielle Möglichkeiten haben, dass dieses „level playing field“ nicht gegeben ist. Wünschen Sie sich seitens der Wirtschaft hier eine stärkere politische Unterstützung, Flankierung oder glauben Sie, da kann die Wirtschaft hier allein im Wettbewerb bestehen?

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Mair bitte.

**SV Dr. Stefan Mair** (BDI): Nein, wir wünschen uns mit Sicherheit die politische Flankierung. Und wir haben auch wirklich den starken Eindruck, dass die auch stattfindet. Wir wissen, dass die Kanzlerin bei jedem Termin mit chinesischen Offiziellen, aber auch der Wirtschaftsminister die lange Liste der *Petita*, die auf mehr Marktöffnung und Investitionsfreiheit abzielt, betont mitnimmt und unterstützt. Unsere Bedenken beziehen sich eher auf den Hebel, den wir haben, tatsächlich das dann herzustellen. Es gibt ja durchaus eine Reziprozitätsdebatte, die heißt, wenn China eine Einschränkung nicht zurücknehmen sollte, müssen wir die gleiche erheben. Aus unserer Sicht ist dies nicht hilfreich, weil es nicht zu einer weiteren Öffnung führen wird, sondern eher, wie ich gesagt habe, zum „Tit for Tat“; wenn wir weiter die Schwelle anheben, dann wird, denke ich, China auch weiterhin mit einer Reduzierung der Investitionsfreiheit reagieren. Aber wir sehen nach wie vor den Bedarf der politischen Flankierung. Wir sehen uns auch gut flankiert bisher, haben aber unsere Sorge, inwieweit dann tatsächlich Möglichkeiten bestehen dann hier ein Hebel anzusetzen.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dr. Treier bitte.

**SV Dr. Volker Treier** (DIHK): Danke. Also das Themenfeld Investitionsprüfungen sehen wir nicht in diesem Zusammenhang, sondern da geht es um die Bewahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und darf nicht mit industriepolitischen Aspekten vermischt werden. Und deshalb



ist die Debatte, aber es ist eigentlich eine andere zu führende dann, wie man mit China umgeht. In China stellen wir erstens fest, dass wir noch kein „level playing field“ haben und uns die Annäherung Chinas bei vielen Bereichen an ein solches zu langsam geht. Wir sehen aber auch in letzter Zeit Verbesserungen in diesem Bereich. Das jüngste Beispiel ist der Foreign Investment Act, den die Chinesen letzte Woche verabschiedet haben. Auch das ist ein weiterer nächster Schritt zu einer gleicheren Behandlung beziehungsweise zu einer weniger ungleichen Behandlung von ausländischen Investoren in China. Noch viel wichtiger wäre ein EU-China-Investitionsschutzabkommen. Und für all das brauchen wir die Unterstützung der Bundesregierung. Und so wie Dr. Mair gesagt hat, fühlen wir uns hier auch gut unterstützt, aber es muss auch klar sein, wie wichtig China als Handelspartner ist, mittlerweile Nummer 1. Und dass wir bei der Frage der Offenheit mindestens einen Schritt voraus sind, weil wir in der Entwicklung auch voraus sind. Ich glaube, dies sollten wir auch berücksichtigen in dieser Diskussion. Und deshalb haben wir im November 2018 einen Vollversammlungsbeschluss gefasst, der in einen DIHK-Aktionsplan China 2019 mündet. Dort ist aufgeführt, welche kritischen Punkte wir mit China haben, also ein Zwang zu Technologietransfer, nicht vorhandener Schutz geistigen Eigentums in der vollen Ausprägung, wie wir es haben und vieles andere mehr. Aber gleichzeitig gibt es Kooperationsfelder mit China, wo wir sagen, auch die Bundesregierung bitten, mit Initiativen weiter mitzuarbeiten, um dann in China mehr Reziprozität in unserem Sinne zu bekommen.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Theurer bitte.

Abg. **Michael Theurer** (FDP): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Dr. Treier. Wenn ich Sie richtig verstehe, dann ist die Verschärfung der Außenwirtschaftsverordnung nicht ausreichend, um die Reziprozität zu erreichen. Habe ich Sie richtig verstanden? Wie bewerten Sie die Einschätzung des Wirtschaftsweisen Prof. Lars Feld, dass die Außenwirtschaftsverordnung Tür und Tor für Willkür öffnet, weil es keine nachvollziehbar objektiven Kriterien für die Untersagung von Investitionen gibt? Die zweite Frage richtet sich an Herrn

Ackermann im Zusammenhang mit der Industriestrategie des Bundeswirtschaftsministers. Dort wird von Fusionen gesprochen. Wie hoch sehen Sie den Bedarf beim Maschinenbau in Deutschland, Fusionen zu machen? Fusionen, die ich kenne, wie Homag und IMA, wurden anschließend wieder auseinandergenommen, weil die Kultur nicht zusammengepasst hat. Vielleicht können Sie dazu sagen, wie die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Maschinenbaus von solchen Konglomeraten, wie sie Herr Altmaier hier fordert, abhängt.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Treier mit der Bitte, sich kurz zu fassen, weil auch Herr Ackermann noch dran wäre.

SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Danke, Herr Theurer. Wir sehen die Außenwirtschaftsverordnung, wenn es sich um die Investitionsprüfung handelt, überhaupt nicht als Instrument, um Reziprozität herstellen zu müssen, sondern um den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu bewahren. Dementsprechend äußern wir Kritik an der Frage und da gebe ich Ihnen völlig Recht, dass wir Fragen der kritischen Infrastruktur hier genauer brauchen und nicht sinnbildlich mit den falschen Instrumenten die Nadel im Heuhaufen suchen müssen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Ackermann bitte.

SV **Ulrich Ackermann** (VDMA): Größe an sich spielt im Maschinenbau überhaupt keine Rolle. Das heißt, Unternehmen müssen nicht Milliardenkonzerne sein, um erfolgreich auf den Weltmärkten zu sein. 85 Prozent unserer Mitglieder haben weniger als 150 Beschäftigte. Das heißt, sie sind wirklich Mittelstand, sind international erfolgreich und seit Jahrzehnten in vielen Feldern Weltmarktführer. Das heißt, im Maschinenbau braucht man zwar eine gewisse Größe - wir haben da Untersuchungen gemacht, dass ich sage mal Firmen zwischen 100 und 300 Millionen durchaus erfolgreicher sind als die ganz kleinen - aber Milliardenkonzerne müssen es nicht sein. Das heißt, für unsere Branche ist das Thema Fusionen, große Unternehmen bilden, die schützen usw. überhaupt kein Thema, und wir sehen auch nicht, dass sich das in den nächsten 10 oder 20 Jahren in der Struktur irgendwie ändern wird.



Wir sind mit der Struktur, wie wir sie haben, weltweit nach wie vor sehr erfolgreich und werden das auch in den nächsten 10 Jahren noch sein.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Ulrich bitte.

Abg. **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.): Meine erste Frage geht auch an Herrn Ackermann. Es gibt ja die klaren Unterschiede bei Direktinvestitionen, das haben wir ja festgestellt und das geht auch aus Ihrer Stellungnahme hervor. Aber trotzdem ist das nicht ganz klar verständlich, vielleicht können Sie das nochmal darstellen. Einerseits begrüßen Sie ja, dass bei Direktinvestitionen geprüft wird. Andererseits warnen Sie davor, dass man handeln müsste, wenn die Chinesen foul spielen. Könne Sie das nochmal erklären, das ist nämlich ein bisschen ein Widerspruch. Wann würden Sie sagen, liegt ein Foul vor und wie schnell könnte man dann auf Fouls antworten, wenn man jetzt gesetzgeberisch nichts machen sollte? Die zweite Frage geht an den BDI. Der Bundeswirtschaftsminister hat ja seine industriepolitische Strategie vorgelegt und da ist auch ein Vorschlag um feindliche Übernahmen und Übernahmen generell zu verhindern, die staatliche Beteiligungsfazilität. Meine Frage wäre an Sie, wie Sie dieses Modell, das Herr Altmaier in die Debatte gebracht hat, bewerten.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Ackermann und dann Herr Dr. Mair.

SV **Ulrich Ackermann** (VDMA): Herr Dr. Mair hat es schon gesagt: Wir müssen unsere Marktwirtschaft durchaus wetterfest machen. Es gibt ein paar Parameter, wo wir uns überlegen müssen, wie gehen wir dagegen vor und ein Thema ist, wie gehen wir mit den Subventionen in China um? Das heißt, die chinesischen Unternehmen werden vielfach subventioniert und treten auf den Weltmärkten auf. Das war früher kein großes Thema, weil sie als Wettbewerber gar nicht so richtig wahrgenommen wurden. Das hat sich aber in den letzten Jahren durchaus stark geändert, auch im Maschinenbau. Weltweit ist China mittlerweile schon der zweitwichtigste Exporteur. Also wir brauchen ein Instrument gegen Subventionen der Chinesen und unfairen Wettbewerb, also im Wettbewerbsrecht. Und das zweite sind

die Staatsunternehmen, die ja auch staatlich subventioniert auf die Weltmärkte gehen und auch hier Unternehmen erwerben. Also an den zwei Stellen glauben wir, dass wir die Marktwirtschaft durchaus wetterfester machen müssen und dass wir auch entsprechende Instrumente brauchen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Dr. Mair bitte.

SV **Dr Stefan Mair** (BDI): Ich habe ja schon betont, dass wir mit diesem Vorschlag große Schwierigkeiten haben. Nicht nur aus ordnungspolitischen Gründen sehen wir keine Rolle des Staates, dort einzugreifen. Wir sehen das auch in praktischen Überlegungen. Man stelle sich den Fall vor, ein Unternehmen hat ein Angebot von 100 Millionen übernommen zu werden. Ein chinesisches Unternehmen legt 120 Million vor. Was macht dann die staatliche Beteiligungsfazilität? Übernimmt sie das Unternehmen für 120 Millionen? Zahlt sie die Differenz von 20 Millionen auf die 100 Millionen? Welche Rechte erwirbt sie damit? Ich glaube, dass wir da ein erhebliches Problem auch in der Umsetzung haben. Aber wie gesagt, wir haben auch ein grundsätzliches ordnungspolitisches Problem damit, dass wir nicht sehen, dass der Staat in diesem Punkt eine Rolle hätte. Man kann beispielsweise dieses Problem des besseren Angebots von 20 Millionen - wie Herr Dullien ja auch gesagt hatte -, das durchaus auch auf staatliche Subventionen zurückzuführen ist, durch andere Instrumente in den Griff bekommen. Wie gesagt, staatliche Beihilfekontrolle, Überprüfung des Wettbewerbsrechts kann hier helfen. Dazu brauchen wir keine staatliche Beteiligungsfazilität.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Dr. Pfeiffer bitte.

Abg. **Dr. Joachim Pfeiffer** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich habe eine Frage an Prof. Taube. Sie haben sich ja wissenschaftlich und auch empirisch auseinandergesetzt mit der Frage, wie da strategisch vorgegangen wird, wie Wertschöpfungsketten, die strategische Bedeutung haben, identifiziert werden und damit entlang der gesamten Wertschöpfungskette dann agiert wird, um den Wettbewerb sozusagen auch aus dem Markt zu drängen und dort strategisch vorzugehen. Jetzt schlagen Sie in Ihrem Papier die Einrichtung von sogenannten Luftschleusen vor, wie man dieser



Frage, die ich grade adressiert habe, auch anderen begegnen kann. Vielleicht können Sie einmal noch die Problematik darlegen, aber dann auch den konkreten Vorschlag noch etwas ausführen, wie Sie sich das vorstellen. Dankeschön.

Der **Vorsitzende**: Herr Dr Taube bitte.

**SV Prof. Dr. Markus Taube** (Universität Duisburg-Essen): Haben Sie vielen Dank. Ich hatte es in meiner Stellungnahme bereits ausgeführt: Ich habe grundsätzlich große Sympathie zu der Position, die Herr Mair hier eben dargelegt hat. Der Punkt ist nur der: Wir wollen unsere Marktwirtschaft schützen, unsere wettbewerbsbasierte Marktwirtschaft. Aber die ist ja von ihrer Ordnungsstruktur her darauf ausgelegt, dass es wettbewerbsbasierte Akteure sind. Und hier haben wir jetzt plötzlich sehr große, sehr leistungsstarke Akteure, die hier aus einem Ordnungssystem heraus agieren, was nicht auf einer wettbewerbsbasierten Marktwirtschaft basiert, sondern was in hohem Maße auf einem Hybrid basiert. Das ist keine Planwirtschaft, das ist keine Marktwirtschaft, sondern es ist ein System, was auf einem kollusiven System der Führungselite der VR China basiert. Daraus ergibt sich ein System, in dem staatliche und private Ressourcen vermengt werden, in dem die Regulierung komplett verwischt wird, es gibt keine klare Differenzierung zwischen Regulierer und Regulierten und in dem die Anreizsysteme ebenfalls abweichen von dem, was wir in unseren wettbewerbsbasierten Marktwirtschaften haben. Von daher glaube ich, dass es sinnvoll ist, Luftschleusen einzurichten, die eben gerade unsere Marktwirtschaft sichern und dafür sorgen, dass derartige systemfeindliche Elemente hier keinen Zugang haben. Wie jetzt derartige Luftschleusen auszugestalten sind, ich denke, die AWV geht grundsätzlich in die richtige Richtung. Wir haben gesehen, dass die Europäische Kommission momentan grundlegend ihre Position ändert. Das Reporting-System, was im Rahmen der Market-Economy-Status-Reform jetzt eingeführt wird, halte ich für sehr sinnvoll. Wir brauchen meines Erachtens tatsächlich mehr Kontrolle, mehr Transparenz in dem was in China passiert, was für Übernahmeangebote vorgetragen werden und diese „Weiße-Ritter-Lösung“ halte ich grundsätzlich für keine falsche Idee, wobei ich allerdings sehr gerne zugebe, dass der Teufel im Detail

steckt. Nur, jetzt zu sagen, wir sind so stark, wir sind so toll, wir sind Deutschland und wir brauchen das nicht, das ist falsch. Das Argument, das Sie auch vorgebracht haben, frei nach Nietzsche - Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zu dem Monster werden, das wir bekämpfen - läuft im Endeffekt ins Leere, wenn die chinesischen Akteure eben inzwischen sehr leistungsstark sind und mit großen Ressourcen agieren. Ich hätte mich vor 5 Jahren wahrscheinlich sehr viel anders geäußert. Vor 5 Jahren hatten wir noch eine Konstellation, wo „Handel durch Wandel“ einigermaßen funktioniert hat. Da ist China einigermaßen noch in unsere Richtung gerutscht, aber seit einigen Jahren beobachten wir, dass genau das Gegenteil der Fall ist. China entfernt sich unter der Führung Xi Jinpings von unserer Vorstellung, von unserem Leitbild einer wettbewerbsbasierten Marktwirtschaft. Die Partei übernimmt viel stärker die Kontrolle, steuert viel stärker in die Unternehmen hinein und von daher würde ich sagen, auch mittelfristig und langfristig müssen wir unseren Blick auf diese wettbewerbsunterminierenden Kräfte schärfen, die hier auftauchen.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. Frau Andreae bitte.

Abge. **Kerstin Andreae** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für die Anhörung, das ist wirklich äußerst spannend. Und was so spannend ist, ist dass die Wissenschaft eigentlich relativ einheitlich argumentiert und die Wirtschaft eigentlich relativ einheitlich argumentiert. Jetzt kann ich ja aus Wirtschaftssicht Ihre Interessen auch verstehen, dass Sie Sorgen haben, wir kommen in eine Protektionsspirale rein, wir haben die offenen Märkte nicht mehr, die Investitionsströme fließen nicht etc. Was mich aber bei der Wirtschaft wundert, meine Frage richtet sich trotzdem an Herrn Huotari, ob Sie das mir vielleicht erklären können. Was mich wundert ist, dass diese Themen, mit denen wir schon jahrelang zu tun haben, wenn nicht jahrzehntelang, über das Thema Patentabfluss, Industriespionage, über die Frage, wie schützen wir eigentlich kritische Infrastruktur, die für Sie, als wirtschaftlich Agierende ja unheimlich notwendig ist, warum Sie da auf uns, sagen wir mal etwas sorglos noch wirken. Und mich würde mal interessieren Herr Huotari,



ob Sie meinen, dass Sie mit dem Instrumentenkasten, den Sie vorschlagen, sagen können, wir können einen Schutzmechanismus aufbauen, ohne dass jetzt quasi die Ängste oder die Risiken, die die Wirtschaft hier formuliert, tatsächlich durchdringen. Sondern Sie sagen, lasst uns den Instrumentenkasten nutzen vom Screening angefangen über Prüfmechanismen, damit man das ein bisschen zusammenbekommt.

Der **Vorsitzende**: Herr Huotari bitte.

SV **Mikko Huotari** (MERICS): Vielen Dank für die Frage. Ich möchte mir nicht anmaßen, in die Köpfe der Industrieverbände reinzuschauen. Aber ich glaube, es ist klar, dass natürlich gerade aus deutschem Kontext wir mittlerweile mit einer Situation zu tun haben, wo es auch über Industriezweige hinweg sehr stark um eine Abhängigkeit vom chinesischen Markt geht und entsprechend natürlich und mit guten Gründen darüber nachgedacht wird, was denn unsere Instrumente für Auswirkungen haben mit Blick auf Retaliation, also letztlich Vergeltungsmaßnahmen, beispielsweise von der chinesischen Seite. Entsprechend ist das ein Grund zur Sorge, dass es so weit gekommen ist, dass unsere eigenen, glaube ich, sehr rationalen Debatten zu diesen Instrumenten mittlerweile zum Teil aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen der chinesischen Seite verstummen. Zu dem Instrumentenkasten nochmal: Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir das nicht als eine rein deutsche Debatte hier betrachten; also einerseits anerkennen, dass wir in ganz wichtigen Partnerländern, in Kanada, in den USA, in Japan, in Australien, überall eine zum Teil deutlich weitergehende Verschärfung von Außenwirtschaftsregelungen haben. Entsprechend, wenn wir uns hier auf die Fahnen schreiben oder behaupten, dass es unglaublich risikoreich ist und zu weit geht möglicherweise, würde ich das gerne in einen Kontext stellen und sagen, wir sind hier sehr liberal in den Maßnahmen, die wir bislang ergreifen. Das Gleiche gilt auch für die europäische Debatte. Wir haben in Großbritannien, in Frankreich, in Italien auch eine Verschärfung der Außenwirtschaftsgesetzgebung in den letzten zwei Jahren gesehen und entsprechend sollten wir das als Kontext auch berücksichtigen und uns in dieses Spiel einordnen. Die europäischen Maßnahmen sind äußerst abgewogen, denn sie stellen eine Balance

her zwischen Brüsseler Interessen und Mitgliedsstaatsinteressen. Sie sind eben weiterhin ausgerichtet, Herr Treier, auf öffentliche Sicherheit und Ordnung und entsprechen hier bislang einem Prüfungsrahmen, der eben nicht darauf abzielt, wirtschaftspolitisches Eigenleben oder politische Einflussnahme zu ermöglichen. Insofern halte ich das für insgesamt sehr abgewogen. Wir haben bislang extrem wenige Verbotssituationen im europäischen Kontext gehabt. In Deutschland hatten wir keine einzige Transaktion, die verboten worden ist. Also hier sozusagen den Teufel an die Wand zu malen, dass chinesische Unternehmen hier nicht mehr investieren könnten, halte ich für verfehlt. Ich glaube, wir müssen uns auch dagegen verwehren, dass wir von chinesischer Seite als protektionistisch beschrieben werden, weil insbesondere natürlich der chinesische Kontext sozusagen die Definition von Protektionismus ist und wir als liberale Volkswirtschaft uns hier nicht verstecken müssen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Töns bitte.

Abg. **Markus Töns** (SPD): Ihre Frage und auch die Antwort darauf reizen mich dazu, dann nochmal auf einen anderen Komplex zu gehen. Also die EU und ihr Binnenmarkt haben ja einen Markt geschaffen, der exemplarisch riesig ist. Der auch eine Gefahr darstellt für diejenigen, die sich beispielsweise bedroht fühlen durch diesen Markt, außerhalb Europas. Wir erleben ja auch in der US-amerikanischen Außenwirtschaftspolitik mittlerweile eine Veränderung. Und jetzt meine Frage an Herrn Huotari und an Herrn Prof. Dullien: Inwieweit ist das eigentlich auch ein Grund, den eigenen Binnenmarkt, gerade auch in der Frage von kritischer Infrastruktur, vor ich sag mal schwierigen Übernahmen zu schützen? Inwieweit spielt das eine Rolle, dass eben Europa der größte Wirtschaftsraum ist?

Der **Vorsitzende**: Herr Huotari bitte, mit der Bitte, sich die Zeit zu teilen.

SV **Mikko Huotari** (MERICS): Ich will darauf verweisen, dass wir letzte Woche am Donnerstag von der Europäischen Kommission auch einen Aktionsplan mit Blick auf chinapolitische Maßnahmen in der nächsten Zeit vorgelegt bekommen haben. Die Debatte zielt doch genau darauf ab, dass



wir ein stärkeres Verständnis davon entwickeln, was unsere industriepolitische Basis und Lieferkettensicherheit eigentlich für die europäische Zukunft bedeuten. Und ich denke, hier sind wir sehr gut beraten anzuerkennen, dass gerade im chinesischen Kontext massive Unabhängigkeitsbestrebungen weiterhin die Triebkraft dafür sind, wie China sich im Außenverhältnis und Unternehmen sich verhalten. Also dass wir es mit einem Akteur zu tun haben, der eben darauf abzielt, autonom und autark in vielen Technologieentwicklungen zu sein, ist etwas, was uns als Fakt einfach entgegensteht. Und wir sollten dem nicht unbedingt per se mit Ausschluss antworten, aber auch anerkennen, dass die Gefahr besteht, dass wir mit Blick auf neue Technologien natürlich hier ins Hintertreffen geraten können und entsprechend aufgrund der Größe des Marktes in China auch Entwicklungen verschlafen können. Ich denke, Dinge wie Gentechnologie, Quantencomputing, 5G-Technologie sind alles Bereiche, wo es in China massive staatliche industriepolitische Unterstützung dafür gibt und dafür müssen wir europäische Antworten finden.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Dullien bitte.

**SV Prof. Dr. Sebastian Dullien** (HTW): Ja Herr Töns, ich glaube, was Sie gefragt haben, ist ein extrem wichtiger Punkt. Der EU-Binnenmarkt ist Teil unserer Souveränität, der europäischen Souveränität und auch der deutschen Souveränität. Dafür haben wir ihn auch. Ich weiß, dass zum Teil manche Leute den Binnenmarkt nur als Liberalisierungsinstrument sehen, aber ich glaube, dass ist nie etwas, was links der Mitte irgendwie Unterstützung für den Binnenmarkt gebracht hat, sondern die Idee, dass dadurch, dass wir einen der größten Märkte schaffen, wir freier gestalten können, wie wir unsere Gesellschaft organisieren möchten und unser Leben leben möchten. Das ist aus meiner Sicht ein sehr schützenswertes Gut und wir haben ganz viele Interdependenzen und Vernetzungen in diesem Binnenmarkt. Das bedeutet auch, dass selbst wenn Deutschland den eigenen Markt schützt und meinetwegen Frankreich oder Italien das nicht tun, wir davon betroffen sein können. Darum ist eben genau richtig, auf europäische Ebene zu gehen und zu gucken, dass man möglichst klare Standards und Eingriffs-

schwollen schafft. Aber das Eine muss das Andere ja nicht ausschließen, sondern was wir gerade schon gehört haben, ist natürlich eine Verschärfung auf nationaler Ebene, die dann hinterher europäisch harmonisiert wird, auch ein Weg in diese Richtung. Darum halte ich das für ganz wichtig, was Sie da gesagt haben und auch in dieser Diskussion für zentral.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Lämmel bitte.

Abg. **Andreas G. Lämmel** (CDU/CSU): Ich hätte da mal ein Frage an Herrn Prof. Taube. Man merkt ja sehr deutlich, die ganze Diskussion geht eigentlich immer nur um China. Da wird immer vieles andere vorgeschoben, aber eigentlich geht es um China. Wie bewerten Sie denn die Systeme in Korea zum Beispiel, in Südkorea oder in Japan? Sind das reine marktwirtschaftliche Systeme oder sind Sie da auch der Auffassung, dass da die Verwobenheit zwischen Staat und Wirtschaft, besonders auch in Südkorea, sehr groß ist; also ob das nun wirklich ein völlig anderes Modell ist in China? Teilfrage eins, Teilfrage zwei: Das kam jetzt auch grade bei den letzten Gutachteraussagen nochmal zum Trage. Meinen Sie, dass wir, wenn wir jetzt eine Abschottung betreiben in Deutschland oder in Europa, meine Sie, dass die teilweise erkennbaren Defizite in der Wettbewerbsfähigkeit in mehreren Branchen dadurch weiter verwischt werden könnten und dass wir dann vielleicht in zehn Jahren plötzlich vor dem Erwachen stehen und feststellen müssen, dass wir zwar unseren Markt geschützt haben vor ausländischen Investoren, aber in Wirklichkeit sozusagen die Wettbewerbsfähigkeit verloren haben. Sehen Sie da die Gefahr, dass sowas passieren könnte? Denn andersherum gesehen ist ja der Aufstieg Chinas oder auch anderer Länder damit verbunden gewesen, dass eben ausländische Investoren modernste Technologien ins Land gebracht haben, die man dann versucht hat weiterzuentwickeln und auf dieser Sache aufzubauen. Also im Prinzip ist es ja immer ein Geben und Nehmen gewesen. Also wie beurteilen Sie das für Europa oder für Deutschland?

Der **Vorsitzende**: Herr Prof. Taube bitte.



**SV Prof. Dr. Markus Taube** (Universität Duisburg-Essen): Haben Sie vielen Dank, sehr spannende Fragen. Japan, Korea, ja. Der Punkt ist der: Wir haben hier... Wir sollten uns bewusst sein, wir haben Marktwirtschaften und die sind sehr breit aufgefächert. Wir haben eine Laissez-faire Marktwirtschaft in Hong Kong gehabt, wir haben eine französische Planifikation gehabt, wir haben unsere soziale Marktwirtschaft, wir haben diverse amerikanische Modelle in der Geschichte gesehen. Das sind Marktwirtschaften, die auf einem grundsätzlichen Konsens basieren, der wettbewerbsbasiert ist, aber unterschiedliche Grade von industriepolitischer Intervention hat, die aber auch in ihrer Grundbasis markt- und wettbewerbsbasiert sind. Und genau das ist der Punkt, wo die chinesische Volkswirtschaft eben nicht in dieses Spektrum hinein passt, sondern eine eigene Kategorie bildet. Das ist der ganz große Unterschied, wo wir bitte nicht industriepolitisch starke Volkswirtschaften mit der chinesischen vergleichen. Sie sprechen die Frage an, ob eine Abschottung Deutschlands und Europas Defizite in der mittleren Frist bringen könnten. Bitte, es geht ja nicht um Abschottung. Es geht überhaupt nicht um Abschottung. Es geht darum, einfach das „level playing field“ aufrechtzuerhalten auf unserer Ebene. Lassen Sie mich ein Beispiel nehmen. Wir haben ein deutsches mittelständiges Unternehmen, das ist in Europa großartig aufgestellt, hat aber ein Produkt, dessen Zukunftsmarkt zum Beispiel Alterspflegeprodukte primär in China in den nächsten Jahren entwickeln wird. Das heißt, dort sind die Economies of Scale zu realisieren. Dort werden die Einnahmen generiert, um neue Forschung und Entwicklung, neue Produktentwicklung zu generieren. Dieses Unternehmen hat drei Möglichkeit nach China hineinzugehen: mit Exporten, mit Direktinvestitionen oder durch die Aufnahme von chinesischem Kapital, durch Equity also Übernahme. Die ersten beiden sind seitens der chinesischen Seite momentan formal behindert. Hier wird gegen das Unternehmen diskriminiert und auf einer informellen Ebene hat das Unternehmen sowieso reduzierten Marktzugang. Das heißt, die einzige Möglichkeit mittelfristig den deutschen Standort zu erhalten ist die Aufnahme chinesischen Equities, mit denen dann gesichert wird, dass dieses Unternehmen am chinesischen Marktwachstum partizipieren kann und dieses Einnahmen generieren kann.

Das heißt, wir müssen hier eine schiefe Ebene überwinden.

**Der Vorsitzende:** Herr Dr. Taube, Sie müssten das vielleicht bei der nächsten Frage weiter beantworten. Dankeschön. Dann haben wir Herrn Müller.

**Abg. Hansjörg Müller** (AfD): Die Frage geht gemeinsam an Herrn Dr. Mair und an Herrn Huotari. Ich möchte nochmal auf die Reziprozität zurückkommen. Also mir ist jetzt ihr Standpunkt sehr klar geworden, dass Sie davon eigentlich nichts halten. Bei Herrn Huotari ist das ein bisschen anders, dass Sie denken, man soll durchaus auch mal Gegenmaßnahmen ergreifen, wenn die eben foul spielen und deswegen geht die gleiche Frage jetzt an Sie beide. Wo ist für Sie diese rote Linie? Also ich denke, wenn die Chinesen zu viel machen Herr Dr. Mair, dann müssen Sie auch aus Ihrer Sicht irgendwann mal sagen, so geht es nicht mehr. Also wo ist für Sie die rote Linie erreicht, wo Sie sagen doch reziprok zu agieren und wo ist für Sie die rote Linie erreicht Herr Huotari auch reziprok zu reagieren? Danke.

**Der Vorsitzende:** Herr Dr. Mair bitte.

**SV Dr. Stefan Mair** (BDI): Ja ich glaube, die lassen sich an zwei Stellen relativ klar definieren. Zum einen stellen wir uns ja hinter die Außenwirtschaftsverordnung, die sagt, eine rote Linie ist nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung, um deren Schutz es geht. Die zweite ist tatsächlich dort, wo durch staatliche Eingriffe Marktverzerrungen und Wettbewerbsverzerrungen stattfinden. Das heißt, dort wo wir ein Indiz haben, dass staatliche Subventionen, staatliche Kredite ein chinesisches Unternehmen in die Lage versetzen ein europäisches Unternehmen zu übernehmen, haben wir aus unserer Sicht genug Gründe einzugreifen; dafür müssen wir eben ein paar Instrumente nachschärfen. Und ich spreche mich gar nicht gegen andere Instrumente aus, sondern ich denke, wir sollten uns unseren Instrumentenkasten anschauen. Was können wir bei der staatlichen Beihilfekontrolle, bei der Wettbewerbsordnung tun? Wie können wir dort nachschärfen? Aber bitte immer darauf achten: ist das Ganze systemkonform, ist das marktkonform und dort glaube ich, haben wir durchaus noch Potential.



Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Huotari.

SV **Mikko Huotari** (MERICS): Ganz kurz um den Begriff Reziprozität nochmal einzuordnen: Das ist ein klassisches Konzept auch aus Handelsverhandlungen, also positive Reziprozität ist etwas, was wir über Jahrzehnte gepflegt haben im Rahmen WTO, das ist nicht sozusagen per se negativ. Positive Reziprozität heißt, wir eröffnen und entsprechend wird auch geöffnet. Also entsprechend das ist ja das, was wir eigentlich wollen und dass die Kanzlerin mit ihrem chinesischen Counterpart eine Debatte über Reziprozität geführt hat, ist auch bekannt und es ist wichtig, dass wir darauf weiter beharren, dass Reziprozität ein Prinzip ist, wofür wir einstehen. Es ist klar, dass im Bereich Investitionen, Direktinvestitionen, direkte Reziprozität für uns nicht das Ziel sein sollte... also dass wir uns verschließen, wenn China sich verschließt oder weiterhin verschlossen bleibt. Aber ich glaube es gibt Bereiche, wo wir grade aus Verhandlungsgründen und mit Blick auf die langfristige Entwicklung Chinas Reziprozitätselemente stärker nutzen können und da geht es insbesondere um den Bereich öffentliches Beschaffungswesen. Und hier gilt es einfach anzuerkennen, dass der chinesische Markt da fundamental geschlossen ist durch direkte Staatsinterventionen und eben nicht aufgrund von unternehmerischer Freiheit wir da nicht so agieren können und entsprechend hier schon dauerhaft die Frage gestellt werden muss: Wenn chinesische Unternehmen im europäischen Beschaffungsmarkt jetzt zunehmend aktiv werden, ob das etwas ist, was wir unterstützen wollen. Und hier ist der Vorschlag der Kommission über das Instrument, das sie seit einigen Jahren propagieren das International Procurement Instrument glaube ich durchaus legitim. Hier geht es um die Ausgestaltung wieder, aber es ist völlig richtig, dass wir stärker auf Reziprozität drängen in bestimmten Märkten ohne jetzt diesen Direktinvestitions-Unternehmensbereich unmittelbar anzugehen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Westphal bitte.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an Herrn Ackermann und Herrn Prof. Dullien. Mal den Blick zurück, Sie aus der Erfahrung vom VDMA: Wenn Übernahmen getroffen wurden und im Vorfeld

Bedenken geäußert worden sind, kann man im Nachhinein sagen, dass sich diese Bedenken bewahrheitet haben oder ist das eher trotz Prüfung nachher wirksam, die Schutzmechanismen, die wir jetzt haben, die im Grunde genommen auch wirken oder sagen Sie im Nachhinein: Nein, es gab auch schon Fälle, wo trotz Prüfung nachher die Bedenken doch berechtigt waren?

SV **Ulrich Ackermann** (VDMA): Also wir kennen im Maschinenbau ungefähr zwanzig Firmen, die von chinesischen Unternehmen übernommen worden sind, zu denen wir auch persönlichen Kontakt haben. Und da gab es bisher noch keinen Fall, wo man im Endeffekt sagen muss, dass es mit chinesischen Übernahmen zusammenhängt, dass es dort dem Unternehmen schlechter geht als bisher. Ich meine, der Maschinenbau ist eine zyklische Branche, da gibt es immer Auf und Abs. Ich will mir jetzt nicht anmaßen, aber der Fall Kuka geht jetzt gerade stark durch die Presse, da muss man auch mal ein bisschen dahintergucken, woran liegt das eigentlich. Wenn der chinesische Markt für Roboter in diesem Jahr stark einbricht, dann ist es kein Wunder, dass auch Kuka weniger liefert, also da werden Zusammenhänge hergestellt, die gar nicht da sind. Also, es gibt überwiegend bei diesen Unternehmen langfristige Zusagen der chinesischen Seite, weil sie langfristig orientiert sind. Dass sie finanzielle Mittel reingeben, die bauen teilweise komplett neue Werke hin, investieren in das Unternehmen, bauen die Standorte aus, sie bauen die Belegschaft aus, sie bauen nicht ab, sondern auf. Sie, wie gesagt, öffnen den Markt in China gerade für Mittelständler in einer Art und Weise, wie es dieser Mittelständler selber nie geschafft hätte. Also die Beispiele, die wir jetzt in den letzten zehn Jahren kennen, es gab früher auch andere Fälle, gebe ich zu, aber die letzten zehn Jahre, wo die Chinesen auch professioneller geworden sind, waren eigentlich alle, im Maschinenbau zumindest, positiv.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dullien bitte.

SV **Prof. Dr. Sebastian Dullien** (HTW): Man muss sich ja fragen: „Was sind unsere Befürchtungen?“ Und unsere Befürchtung ist ja eigentlich weniger, dass die Chinesen ein deutsches Unternehmen aufkaufen und dann vor die Wand fahren. Das ist



erstens etwas, was in der Marktwirtschaft passieren kann, und zweitens haben die ja kein Interesse daran, weil sie dann ja ihr Geld in den Sand gesetzt hätten. Wir haben eigentlich Sorge davor, erstens vor Technologieabfluss und zweitens, davor, dass man durch gewisse Investitionen erpressbar werden kann. Technologieabfluss ist eine sehr mittelfristige, langfristige Sache. Da haben wir, glaube ich, einfach noch zu wenig Erfahrung bei der Übernahme von Hochtechnologiefirmen. Wir haben ja eben gehört, dass das eigentlich ein Phänomen der letzten fünf Jahre ist, wo so investiert wird. Bei der Frage der Erpressbarkeit oder des politischen Einflusses haben wir bei den Entwicklungsländern durchaus Fälle, wo man sehen kann, dass Länder in internationalen Gremien zunehmend mit den Chinesen stimmen oder in Richtung der Chinesen stimmen, wenn es um Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer geht, zum Beispiel. Und das sind zum Teil Länder, die vorher sehr große Investitionen in der „One Belt, One Road Initiative“ erhalten haben. Und das sind auch Länder, die da auch in eine Schuldenfalle in Abhängigkeit von China geraten, weil sie ihre Verbindlichkeiten aus solchen Infrastrukturinvestitionen nicht mehr bezahlen können. Und da muss man sich eben schon fragen: „Ist das möglicherweise mittelfristig dann auch ein Problem für Deutschland?“ Wenn meinetwegen eine große Kommune abhängig davon ist, dass, weiß ich nicht, eine Infrastruktur einem chinesischen Investor gehört.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Bleser bitte.

Abg. **Peter Bleser** (CDU/CSU): Ja, ich habe eine Frage an Herr Dr. Mair. Dr. Mair, haben Sie einen Überblick, inwieweit chinesische Beteiligungen oder Übernahmen in Deutschland eine besondere Prosperität vorweisen können, gibt es dauerhafte Kapitalzuflüsse? Und wie schätzen Sie es ein, langfristig gesehen, dass chinesische Investitionen in Deutschland eine Bereicherung sind. Was Kapitalzufluss angeht, ausgegrenzt seien einmal die sicherheitsrelevanten Bereiche, die natürlich geschützt werden sollen. Und wie würden Sie europäische Handelsrestriktionen bewerten, die jetzt ja mit dem IPI (International Procurement Instrument) in der Debatte sind, in welchem Bereich sollten die vorgenommen werden?

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Mair bitte.

SV **Dr. Stefan Mair** (BDI): Also, ich kann keine genauen Zahlen nennen. Ich kann nur verstärken, was Herr Ackermann gesagt hat. Die Fälle, die wir kennen, in denen chinesischen Unternehmensübernahmen stattgefunden haben, weisen überhaupt keinen Abfluss von Kapital aus, eher Zufluss von Kapital, Investitionen in die Belegschaft, auch in Innovation. Insofern bietet sich für uns über die Gesamtschau der Fälle ein positives Bild. Was generell eben auch für Auslandsinvestitionen gilt, Herr Dr. Treier hat am Anfang auf die Investitionslücke verwiesen, die wir nach wie vor haben. Aus unserer Sicht trägt Kapitalzufluss dazu bei, Wettbewerb in Deutschland und Europa zu verstärken, Innovationen zu befördern und hat einen positiven Gesamteffekt. Und wir haben gegenwärtig bei den Fällen, die wir kennen, kein genteiliges Indiz, dass das für chinesische Unternehmen nicht gelten würde. Ich glaube, das, was wir auf europäischer Ebene beobachten, hat sehr unterschiedliche Strömungen in der Diskussion. Wir hatten zuerst sehr große Sorge, dass die Direktive, die im Grunde genommen in Bezug auf die Investitionskontrolle auch auf europäischer Ebene erstellt wird, weit über das Ziel hinauschießt. Das ist gegenwärtig nach unserer Ansicht nicht der Fall. Sie schließt eine Lücke, nämlich Unternehmen oder besser gesagt EU-Mitglieder, die kein eigenes Instrument der Investitionskontrolle haben, dazu aufzufordern, diesen Bereich zu monitoren, auch die EU in die Lage zu versetzen, das zu monitoren. Aber gleichzeitig die Investitionskontrolle, das Investmentsscreening, in nationaler Kompetenz zu behalten, das ist richtig. Der einzige Punkt, der uns stört, ist, dass wir sehen, dass der Begriff der nationalen Sicherheit der kritischen Infrastruktur sehr breit gefasst ist, auch in Bereiche reingeht, wo es um Schutz von Schlüsseltechnologien geht und nicht nur den Kernbereich umfasst.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Houben bitte.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Ja, ich bitte in der Diskussion einfach auch etwas selbstbewusster zu sein als deutsche Seite, denn wir sind immer noch der größere Kunde in China als umgekehrt. Und wir sind der größere Investor in China als umgekehrt. Zwei Fragen, eine an Herr Ackermann



– Prüfverfahren, die Dauer. Inwieweit könnten sich die Prüfungen durch die Absenkung der Schwellen soweit verzögern, dass im Grunde Kaufverhandlungen platzen: Ich habe da so die Idee in Richtung Firma Leifeld, da war das ja so ein bisschen in die Richtung. Und Herr Treier, mich würde die Frage interessieren, der Volkskongress hat ja eine bescheidene Öffnung beschlossen, beim letzten Volkskongress. Wäre es jetzt nicht an der Zeit, dass der Bundesminister gemeinsam mit den europäischen Freunden startet, um Vereinbarungen mit China abzuschließen, damit wir einem entsprechenden „level playing field“ näher kommen? Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr Ackermann, bitte.

**SV Ulrich Ackermann (VDMA)**: Beim Thema Prüfverfahren haben wir, offen gesagt, im Maschinenbau jetzt noch nicht so viele Erfahrungen sammeln können. Sie haben das Thema Leifeld genannt. Was wir sicherlich erwarten ist, dass durch die Absenkung der Schwelle und der generellen Diskussion in Deutschland die Anzahl der Firmenübernahmen sicherlich rückläufig sein wird. Man sieht es ja schon an den Zahlen, die Chinesen haben wesentlich weniger übernommen in den letzten Jahren als die Jahre davor. Das war durchaus sicherlich auch dem Signal geschuldet. Zum anderen ist das natürlich, wenn es denn so weit kommt, wie in dem Fall Leifeld, ohne das jetzt im Einzelnen beurteilen zu können, natürlich generell so etwas verheerend für ein Unternehmen ist, weil plötzlich der Marktwert dieses Unternehmens ins Uferlose sinkt. Wie gesagt, in dem Fall hat die Bundesregierung gar nicht entschieden, sondern der Investor selber, aber es hat natürlich schon etwas mit dem Prüfverfahren zu tun. Und solche Art von Fällen mit dieser Unsicherheit, brauchen wir, glaube ich, nicht so fürchterlich viele. Und dann vielleicht noch ein Wort zu der zweiten Frage, bevor dann jemand anderes dran kommt. Wir brauchen endlich das Investitionsabkommen mit China, was Europa schon seit ewigen Zeiten verhandelt. Und wenn die Chinesen es ernst meinen mit der Marktöffnung, dann sollen sie auch mal endlich was Vernünftiges auf den Tisch legen, damit wir zu einem vernünftigen Abkommen kommen, was wirklich auch auf der chinesischen Seite dann den Markt entsprechend öffnet.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dr. Treier bitte.

**SV Dr. Volker Treier (DIHK)**: Danke, Herr Houben, für die Frage. Absolute Zustimmung, wir sollten erstmal selbstbewusster sein. Deswegen sagen wir, wir müssen auch bei den Initiativen, die die Chinesen angeschoben haben, wie die „One Belt, One Road Initiative“, dabei sein, damit wir die Ausschreibungsbedingungen in dem Maße mitgestalten können, dass sie dementsprechend sind, was wir dann später als „level playing field“ beschreiben. Und wir müssen genau hingucken, von welchen Bereichen sprechen wir eigentlich, wenn wir von Reziprozität sprechen. Sprechen wir von Investitionszugängen, also den Auslandsinvestitionen? Sprechen wir von dem Wettbewerb um Waren und Dienstleistungen? Dann haben wir das WTO-Recht, wir haben Anti-Dumping-Verfahren, die gibt es schon. Und wir sprechen auch von den öffentlichen Ausschreibungen. Bei den öffentlichen Ausschreibungen bin ich ganz bei Herrn Huotari, auch zu sagen: „Hier brauchen wir mehr Reziprozität“, in dem Sinne, dass wir die Zusagen, die die Chinesen beim Welthandelsorganisationsbeitritt gegeben haben, nämlich dem internationalen Beschaffungsabkommen beizutreten, dass wir hier sagen, wenn ihr das nicht macht, dann können wir unseren liberalen Beschaffungsmarkt auch verschließen für euch. Also hier müssen wir genau hingucken, in welchem Bereich. Und was das Thema Investitionen anbelangt, absolut. Wenn der Bundeswirtschaftsminister nach China fährt, wäre das eine gute Sache in diesem Bereich. Beim Investitionsbereich sehen wir jetzt auch erste leichte Verbesserungen bei den Chinesen. Joint-Venture-Zwang wird an manchen Stellen gelockert, die Negativliste, wo man nicht investieren darf, wird gelockert. Und der Foreign-Investment-Act. Ich hab es genannt, jetzt ist es Zeit für ein EU-China Investitionsschutzabkommen.

Der **Vorsitzende**: Danke, Kollege Lämmel bitte.

**Abg. Andreas G. Lämmel (CDU/CSU)**: Ja, ich wollte nochmal die Frage aufnehmen, vom letzten Mal an Herrn Professor Taube. Herr Ackermann hat jetzt nochmal die Beispiele geschildert, wie der deutsche Maschinenbau erfolgreich in China agiert. Und das würde ja möglicherweise etwas



Ihrer Theorie widersprechen, dass dieser Zwang, dass man chinesisches Geld oder chinesische Anteile übernehmen muss, dass das ein typisches chinesisches Vorhaben ist. Und die Frage ist nochmal mit der Wettbewerbsfähigkeit, Sie sehen da keine Bedenken?

Der **Vorsitzende**: Herr Dr. Taube, bitte.

**SV Prof. Dr. Markus Taube** (Universität Duisburg-Essen): Ich sehe keine Bedenken, dass die deutsche Industrie grundsätzlich an Wettbewerbsfähigkeit dadurch verliert, dass wir uns gegen wettbewerbsaverse Schritte unserer chinesischen Konkurrenten schützen, denn darum geht es im Endeffekt. Wir stärken unsere Wettbewerbsposition, indem wir dafür sorgen, dass andere, die mit falschen Preisen, mit anderen Anreizsystemen in unser System hineingreifen, unsere Marktposition unterminieren. Der Punkt ist doch der, dass wir hier im Endeffekt unterscheiden müssen. Kurzfristig, und da bin ich gern voll dabei, was die Kollegen hier sagen, alles wunderbar, die Chinesen kommen rein, lassen die Unternehmen bestehen, investieren massiv, schaffen zusätzliche Arbeitsplätze. Der Punkt ist die mittelfristige Perspektive, was passiert mit dem Know-how, was passiert mit dem Unternehmen. Und hier ist einfach die Situation, dass diese Unternehmen momentan in erster Linie unter chinesischer Führung für chinesische Interessen Forschung und Entwicklung betreiben, Märkte bearbeiten, et cetera. Die langfristige Entwicklung dieser Unternehmen für den deutschen Standort ist damit in keiner Weise gesichert. Das ist ein ganz zentraler Punkt.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Westphal bitte.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Ja, vielen Dank. Es sind ja viele spannende Aspekte ausgetauscht worden. Ich würde gern der Wissenschaft und der Wirtschaft nochmal die Gelegenheit geben, vielleicht zwei, drei Punkte, was die Reform der Außenwirtschaftsverordnung angeht, zu nennen, deshalb an Herrn Dullien und an Herrn Mair vielleicht die Chance nochmal zusammenzufassen, welche Punkte sie uns bei der weiteren Diskussion auf den Weg geben wollen.

Der **Vorsitzende**: Herr Dullien bitte.

**SV Prof. Dr. Sebastian Dullien** (HTW): Ja, ich glaube, es ist wichtig, dass man zuerst anerkennt, dass es einen gewissen Schutz des europäischen Marktes geben muss. Zweitens finde ich es wichtig, das auch auf europäischer Ebene zu tun. Es sollte an klare Kriterien geknüpft werden, die nachvollziehbar und vorhersehbar sind. Und wenn da die Ressourcen fehlen, um das schnell zu prüfen, dann sollen eben die Ressourcen aufgestockt werden. Die USA haben das auch getan, dort wird das darüber finanziert, dass die Investoren zur Not auch eine Gebühr dafür bezahlen müssen, von daher belastet das auch nicht die öffentlichen Kassen. Wichtig ist für mich zudem, dass man bei dem Eingriff selber es so gewichtet, dass keine Willkür entsteht und dass wir auch nicht über das Ziel hinausschießen. Weil, was hier auch gesagt worden ist, ich glaube es ist wichtig, nicht nur zum Schutz der Eigentumsrechte, sondern auch um Anreiz für Innovation und Firmengründung und Firmenaufbau zu schaffen, dass grundsätzlich die Möglichkeit bestehen muss, dass Unternehmen auch von Ausländern übernommen werden. Aber es gibt eben Bereiche, wo das Schlüsseltechnologien oder Schlüsselbranchen sind, oder Schlüsselunternehmen in für die deutsche Volkswirtschaft oder europäische Volkswirtschaft wichtigen Branchen, wo man das eben etwas begrenzen muss.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dr. Mair.

**SV Dr. Stefan Mair** (BDI): Ja, wir sehen nach wie vor die zentrale Funktion der Außenwirtschaftsverordnung liegt im Schutz der nationalen Sicherheit und öffentlichen Ordnung. Uns ist wichtig, dass diese Bereiche klar definiert werden und klar abgrenzbar sind und nicht permanent ausgeweitet werden. Und vor allem, dass die Außenwirtschaftsverordnung durch Erschließung weiterer Felder nicht zu einem Instrument der Industriepolitik wird. Wir sehen Bedarf, nach wie vor, staatliche Einflussnahme gerade bei Unternehmensübernahmen einzudämmen und einzugrenzen. Dafür aber nicht die Außenwirtschaftsverordnung als Instrument, sondern auf europäischer Ebene, wie ich bereits gesagt habe, Wettbewerbsordnung und staatliche Beihilfekontrolle.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Ulrich bitte.



Abg. **Alexander Ulrich** (DIE LINKE.): Ja, meine Frage geht nochmal an Herrn Professor Dullien. Sie haben ja von Befürchtungen vorhin geredet in einer Ihrer Antworten. Was sind eigentlich die Befürchtungen, die wir haben? Wir diskutieren das ganze ja vor dem Hintergrund dessen, dass die deutsche Industrie vor großen Herausforderungen steht. Die Stichworte sind jedem von uns bekannt. Und dass viele Wertschöpfungsketten in Deutschland gefährdet sind, aufgrund von Mobilitäts- und Energiewende, Industrie 4.0, Digitalisierung und so weiter. Und man glaubt ja, jetzt sich irgendwie schützen zu müssen, dass sozusagen das, was noch da ist, noch in fremder Hand ist, in Führungszeichen. Teilen Sie diese Befürchtungen? Und wie würden Sie es dann bewerten, das industriepolitische Konzept auch wieder von Herrn Altmaier, das er ja vorgelegt hat, wo er sagt, wir brauchen im Prinzip eine Stärkung von diesen europäischen Champions, damit meint er natürlich auch deutsche Champions. Er benennt ja sogar in seinem Papier auch gewisse Branchen, auch gewisse Firmen, die unbedingt nicht von ausländischen Investoren übernommen werden sollten. Und er würde da ja nahezu alles in Erwägung ziehen, um das auch verhindern zu wollen. Glauben Sie, die Ansatzpunkte von Herrn Altmaier sind die richtigen? Und was wären denn Ihre Vorschläge, um industrielle Wertschöpfungsketten in Deutschland zu halten?

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dullien bitte.

SV **Prof. Dr. Sebastian Dullien** (HTW): Das sind jetzt sehr viele Fragen für zwei Minuten und 45 Sekunden. Ich probiere mal, ein paar Punkte zu machen. Grundsätzlich ist ja auch das Outsourcing bestimmter Wertschöpfungsschritte nichts Schlechtes, sondern Etwas, was Wohlstand bei uns auch schafft. Also wenn man sich das zum Beispiel anguckt in der Automobilindustrie, sind Dinge in die Slowakei oder Ungarn outgesourct worden, was die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erhöht hat. Etwas Ähnliches haben wir in der Textilindustrie, wo in Deutschland ja eigentlich nicht mehr genäht und auch nicht mehr gewebt wird, sondern nur noch das Design und der Vertrieb gemacht wird. Das ist alles wohlfahrtsfördernd. Wo das Problem liegt, ist, wenn ich aus einer Schlüsselbranche, die für die

nächsten Innovationen in Deutschland wichtig ist, ein wichtiges Element herauslöse und das gar nicht mehr in Deutschland habe, denn wir wissen, dass Innovationen oft über Netzwerke, über Beziehungen zu Zulieferern stattfinden. Und das würde in dem Fall nicht mehr passieren. Um jetzt auf Herrn Altmaiers Strategie zu kommen, ich glaube, es ist richtig, dass er schreibt, dass man ein bisschen aufpassen muss mit den Wertschöpfungsketten. Und ich glaube, man muss das nicht in jeder Branche tun. Wo ich glaube, er liegt nicht richtig, ist in dieser Art und Weise, dass er im Grunde durch Fusionen Großunternehmen in Branchen schaffen will, wo eigentlich die Argumentation, die ich jetzt gerade aufgemacht habe, nicht greift. Also, ich bin jetzt kein Schienenbauexperte, aber wenn Sie sich diese Fusion dort anschauen, dann haben wir eigentlich zwei Unternehmen, die relativ, aus meiner Sicht, vernünftig funktionieren, liefern können, auch jetzt keine Sanierungsfälle sind. Und die beiden zu fusionieren hat die Gefahr, dass es den Wettbewerb in Europa schwächt, ohne tatsächlich etwas zu bringen in der langfristigen Industriestruktur Europas. Wo ich aber glaube, dass Industriepolitik viel mehr machen könnte, ist eben bei zum Beispiel Klimawandel, Förderung von Technologien zum Klimawandel, auch über öffentliche Beschaffung, zu sagen, da gibt es bestimmte Mindeststandards, wo jetzt öffentliche Busse, die die einhalten müssen, die vielleicht weiter gehen als das, was sonst so verkauft wird. Und dort könnte man aus meiner Sicht auch diese Beschaffung auf europäische Wettbewerber beschränken, um eben gezielt diese Technologie in Europa zu fördern. Das sind übrigens Instrumente, die die Innovationsforschung auch als sehr wirksam, in den Bereichen, in denen das gemacht worden ist, einschätzt. Also, ich würde sagen, grundsätzlich sollte man Industriepolitik offener gegenüberstehen, aber man muss sehr stark aufpassen, dass das nicht von Interessengruppen gekapert wird und einfach bestehende Unternehmen sich dann reich verdienen an den Kunden von Europa.

Der **Vorsitzende**: Danke, Kollegin Dröge bitte.

Abge. **Katharina Dröge** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender, ich hätte noch eine abschließende Frage an Herrn Huotari.



Die Anhörung hat ja jetzt gezeigt, dass die Wissenschaft in der Beschreibung der Probleme sehr einhellig ist. Und ich glaube, unser Job ist es jetzt, der Wirtschaft den Mut zu geben einen Weg zu finden, wie man auch zu mehr „level playing field“ kommt. Und deswegen würde ich Sie nochmal bitten einfach zu beschreiben, was auch Möglichkeiten sind, das Ganze einfach und praktisch auszugestalten. Sie haben da sowohl über das Thema Personalaufstockung gesprochen, Sie haben darüber gesprochen, wie dieser europäische Screeningmechanismus ausgeweitet werden kann, Sie haben konkret nochmal zum Thema Beschaffung gesprochen. Und ich finde auch das Thema Infrastruktur ist das nochmal ein ganz Wichtiges mit Blick auch auf Unternehmensdatensicherheit, die man ja hier schützen muss. Und ob es nicht und vielleicht auch die Frage, ob es nicht ein guter Teil einer Industriestrategie wäre, zumindest die Infrastruktur in öffentlicher Hand zu haben, weil, das ist ja etwas, wo China auch sehr genau investiert.

Der **Vorsitzende**: Herr Huotari, bitte.

SV **Mikko Huotari** (MERICS): Vielleicht ganz kurz zur Einschätzung, nochmal, womit wir es hier zu tun haben. Die Tatsache, dass wir jetzt mit großer Hoffnung auf dieses FDI (Foreign Direct Investment)-Gesetz in China schauen und davon ausgehen, dass uns jetzt der große Schritt mit Blick auf Marktöffnung blüht, dass das zustande gekommen ist, ist nur aufgrund von massivem Druck der Amerikaner geschehen. Wir sind völlig außen vor bei diesem Prozess, wir haben praktisch nichts mehr damit zu tun. Die Hoffnung, dass jetzt unser Bundeswirtschaftsminister dort hingehet und glorreich das europäische Investitionsschutzabkommen mit den Chinesen verhandelt, ist natürlich völlig verfehlt. Wir sind im sechsten Jahr, in der neunzehnten Verhandlungsrunde, und die Chinesen sind die härtesten Verhandlungspartner überhaupt. Das heißt, völlig berechtigt die Frage, ist das jetzt nicht eine Zeitenwende mit Blick auf unsere Verhandlungsposition. Und das kann natürlich nur im europäischen Kontext geschehen, das heißt, die deutsche Politik ist gut beraten, da eben in den europäischen Prozess auch viel stärker noch einzutreten und sich hinter die Kommission zu stellen. Und das ist jetzt passiert, wenn ich das richtig lese mit

Blick auf dieses Beschaffungswesen IPI, das ist ein erster wichtiger Schritt, definitiv. Aber es gilt auch für die Gesamtpositionierung. Entsprechend glaube ich, dass es, wenn wir jetzt auf die Ausgestaltung der Instrumente kommen, nochmal wichtig ist, Investitionsregularien, Investitionsschutzprüfung zu haben. Wir haben einen europäischen Vorschlag, der ab April gilt. Achtzehn Monate Zeit, das in der nächsten Zeit umzusetzen. Da müssen jetzt Ressourcen reingehen, es muss sichergestellt werden, dass das im europäischen Rahmen auch in der Praxis funktioniert. Hier muss aus Berlin und Brüssel und aus Paris sicherlich auch dann Druck ausgeübt werden, dass das tatsächlich stattfindet. Ein großer Bereich aus meiner Perspektive, das wurde vorhin angedeutet, vieles davon hat eigentlich auch etwas mit Exportkontrolle zu tun. Und die Verschränkung von Investitionsprüfung und Exportkontrolle halte ich für ein extrem wichtiges Feld, in dem wir uns auch mit unseren europäischen Partnern abstimmen müssen. Was sind denn die Listen von kritischen Technologien, wo wir eigentlich drauf schauen wollen, sowohl bei der Investitionsprüfung als auch bei der Exportkontrolle? Und zum Schluss noch, der Bereich Infrastruktur. Und sagen wir mal auch neue Infrastruktur, Dateninfrastruktur, Schutz persönlicher Daten und von Unternehmensdaten, das ist ein Riesenproblem mit China. Und wir sind weit davon entfernt, sowohl im chinesischen Markt als auch zu Hause im europäischen Kontext darüber nachzudenken, was bedeutet es eigentlich, wenn unsere Bürger- und Unternehmensdaten zunehmend verschränkt sind mit digitalen Dienstleistungsanbietern in China oder auch eben durch Cyberspionage oder schlicht und einfach Lizenzierungspraktiken in China an Behörden und andere Wettbewerber dort geraten. Also entsprechend ein riesiges Feld, glaube ich, wo auch aus der deutschen Politik im europäischen Kontext noch viel mehr getan werden kann.

Der **Vorsitzende**: Danke, als Letzter Kollege Müller bitte.

Abg. **Hansjörg Müller** (AfD): Ich frage wieder Herrn Dr. Mair. Und zwar, ich habe Ihr Papier, oder das Papier Ihres Kollegen Dr. Lang für heute in den Kontext mal gestellt zu dem sehr sehr interessanten China-Papier des BDI, das ja vor ein paar Wochen herausgekommen ist und das ich



mit sehr großen Interesse gelesen habe. Und zwar, wir haben ja im Volkswirtschaftsstudium gelernt, dass es der Markt immer besser richten kann als Staatseinflüsse. Aber wenn ich jetzt mal Ihr China-Papier ganz bewusst auch holzschnittartig zusammenfasse, dann liest sich das für mich so: „Ja haben wir im Volkswirtschaftsstudium gelernt, der Markt ist überlegen, aber komischerweise haben die Chinesen jetzt mit ihrem Staatskapitalismus irgendetwas hingekriegt, sehr schnell, was sie wahrscheinlich mit Marktmechanismen nicht hingekriegt hätten.“ Also, dadurch ist jetzt auch irgendwie mein volkswirtschaftliches Weltbild ins Wanken geraten, wie ich es eigentlich an der Universität gelernt hatte. Und das sehe ich, dass das irgendwie im Hintergrund ist, ja, also mit Methoden, wo wir gelernt haben, die eigentlich nicht funktionieren dürften, sind die jetzt schneller und effizienter. Und auch noch für uns bedrohlicher unterwegs, als wir es uns jemals haben vorstellen können. Wie wollen Sie damit umgehen, mit diesen Widersprüchen?

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dr. Mair bitte.

SV **Dr. Stefan Mair** (BDI): Ja, langfristig bin ich natürlich immer noch davon überzeugt, dass unsere Marktordnung die überlegene ist. Wir sehen im chinesischen Bereich ein erhebliches Anwachsen von Überkapazitäten durch staatliche Eingriffe, Fehlentwicklungen auch in einzelnen Wirtschaftssektoren. Es besteht natürlich ein Vorteil dadurch, dass der Staat massiv in Forschung und Innovation investiert, was bei uns keine zentrale staatliche Rolle ist. Aber letztendlich glaube ich, sind im chinesischen System Fehlentwicklungen angelegt, die aus meiner Sicht nicht dazu führen werden, dass dieses System langfristig effizienter ist als unsere Marktordnung. Langfristig ist immer eine schwierige Frage, was passiert kurz- und mittelfristig. Deswegen werben wir eben sehr stark in unserem Papier dafür, dass wir unsere eigene Marktordnung stärken müssen und dass wir uns an den Stellen schützen müssen, wo durch einen Akteur, der eben keine Marktwirtschaft ist, der Wettbewerb innerhalb dieser Ordnung verzerrt wird. Und dafür gibt es eine ganze Reihe von Instrumenten. Wir machen eine ganze Reihe von Empfehlungen, Vorschlägen, wie wir diese schär-

fen könnten. Und ich glaube, damit gehen wir gestärkt auch in diesen mittel- und kurzfristigen Bereich.

SV **Prof. Dr. Markus Taube** (Universität Duisburg-Essen): Wir haben noch neunzig Sekunden, darf ich von den neunzig Sekunden noch etwas haben?

Der **Vorsitzende**: Recht herzlichen Dank, weil wir noch eine Minute Zeit haben, gerne.

SV **Prof. Dr. Markus Taube** (Universität Duisburg-Essen): Ein ganz wichtiger Punkt, weshalb dieses systemfremde China so erfolgreich war, ist natürlich nachholendes Wachstum. China hat über 30 Jahre, 40 Jahre lang sehr erfolgreich einfach im Rest der Welt geschaut: „Was haben diese Volkswirtschaften in der Vergangenheit gut gemacht, was können wir übernehmen?“ China hat über vierzig Jahre lang, „copy and paste“ betrieben, hat gelernt von unseren Erfahrungen in der Vergangenheit, hat unsere Sackgassen vermeiden können und sich damit innerhalb kürzester Zeit nach oben geschossen. Jetzt ist es aber an der Grenze dessen angelangt, was machbar ist, was noch kopierfähig ist. China ist an der Grenze dessen, was in der Welt an Kopiervorlagen noch vorhanden ist. Und deshalb kommt jetzt genau die Sekunde, wo China sich ein neues Wachstumsmodell, ein neues Entwicklungsmodell gegeben hat. Und an dieser Wasserscheide stehen wir jetzt. Und müssen uns neu orientieren, das gilt für China und das gilt für uns.

Der **Vorsitzende**: Recht herzlichen Dank! Wir sind damit am Ende unserer Anhörung. Wir waren ja vor kurzem noch mit unserem Ausschuss in China und haben durchaus gesehen, dass es Bereiche gibt, wo die gar nicht mehr kopieren müssen, sondern wo sie vielleicht sogar voraus sind. Und deshalb ist auch die Angst beziehungsweise die Vorsicht, die in dieser Anhörung zum Ausdruck kommt, durchaus berechtigt, zu sehen wo geht die Entwicklung eigentlich hin. Und ich habe durchaus Unterschiede gesehen, zwischen der Haltung der Industrie auf der einen und auch der Haltung der Wissenschaft auf der anderen Seite, was den Regulierungsbedarf und die Regulierungsvorsicht angeht. Recht herzlichen Dank,



dass Sie da waren. Wir haben alle Ihre Meinungen wohlwollend und mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen. Und jetzt schauen wir, dass wir das Beste daraus machen. Recht herzlichen Dank, kommen Sie gut nach Hause und alles Gute. Die Anhörung ist damit beendet.

Schluss der Sitzung: 12:55 Uhr  
Zá/Jae/Pr/Pf/Bo



## Anlagen

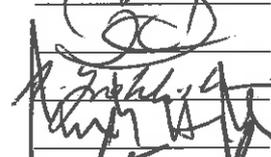
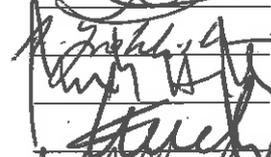
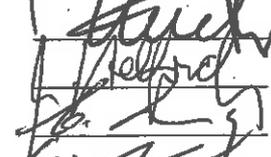
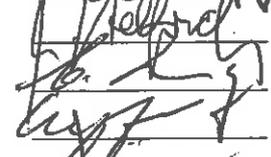
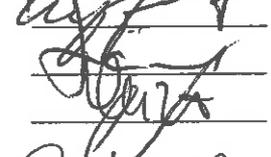
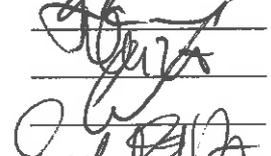
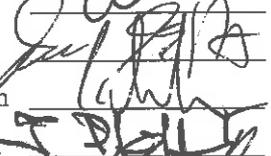
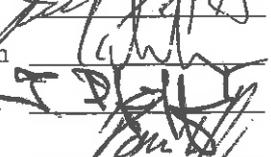
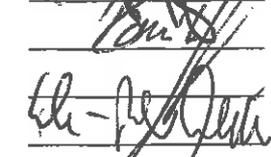
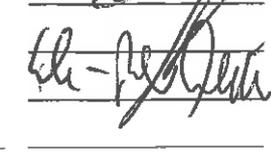
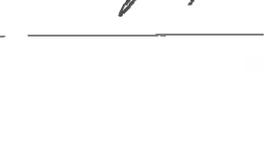
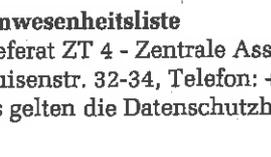
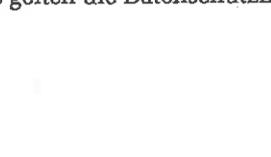
Anwesenheitsliste

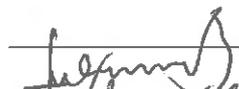
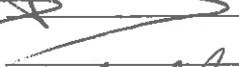
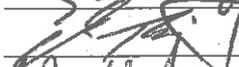
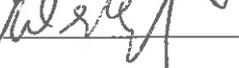
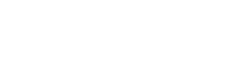


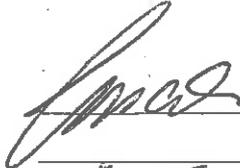
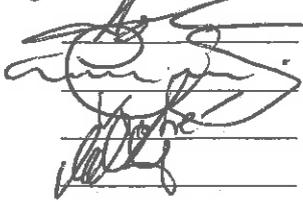
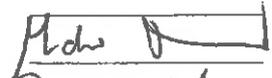
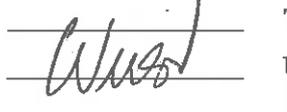
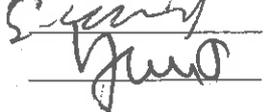
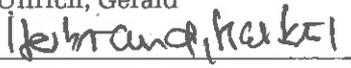

---

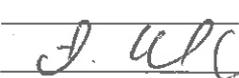
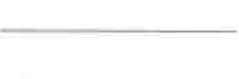
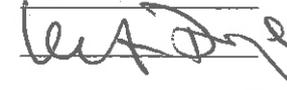
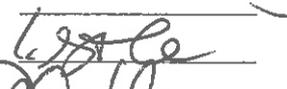
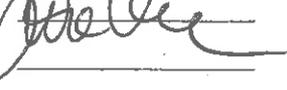
**Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)**  
 Mittwoch, 20. März 2019, 11:00 Uhr

---

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Bleser, Peter		Dött, Marie-Luise	_____
Durz, Hansjörg		Grundmann, Oliver	_____
Grotelüschchen, Astrid		Holmeier, Karl	_____
Hauptmann, Mark		Kemmer, Ronja	_____
Heider Dr., Matthias		Körber, Carsten	_____
Helfrich, Mark		Kruse, Rüdiger	_____
Knoerig, Axel		Linnemann Dr., Carsten	_____
Koeppen, Jens		Mattfeldt, Andreas	_____
Lämmel, Andreas G.		Möring, Karsten	_____
Lenz Dr., Andreas		Nicolaisen, Petra	_____
Loos, Bernhard		Nüßlein Dr., Georg	_____
Metzler, Jan		Pols, Eckhard	_____
Müller (Braunschweig), Carsten		Ramsauer Dr., Peter	_____
Pfeiffer Dr., Joachim		Schweiger, Torsten	_____
Rouenhoff, Stefan		Steier, Andreas	_____
Stein (Rostock), Peter		Stetten, Christian Frhr. von	_____
Willsch, Klaus-Peter		Vries, Kees de	_____

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Freese, Ulrich		Bartol, Sören	_____
Gremmels, Timon		Jurk, Thomas	_____
Junge, Frank		Kapschack, Ralf	_____
Katzmarek, Gabriele		Kofler Dr., Bärbel	_____
Mohrs, Falko		Miersch Dr., Matthias	_____
Poschmann, Sabine		Raabe Dr., Sascha	_____
Post, Florian		Scheer Dr., Nina	_____
Rimkus, Andreas		Schmidt, Uwe	_____
Saathoff, Johann		Schüle Dr., Manja	_____
Töns, Markus		Stadler, Svenja	_____
Westphal, Bernd		Thews, Michael	_____

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>AfD</u>		<u>AfD</u>	
Chrupalla, Tino		Bernhard, Marc	_____
Heßenkemper Dr., Heiko	_____	Espendiller Dr., Michael	_____
Holm, Leif-Erik		Hollnagel Dr., Bruno	_____
Komning, Enrico	_____	Kraft Dr., Rainer	_____
Kotré, Steffen	_____	Spaniel Dr., Dirk	_____
Müller, Hansjörg	_____	Witt, Uwe	_____
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Houben, Reinhard		Bauer, Nicole	_____
Kemmerich, Thomas L.		Reinhold, Hagen	_____
Neumann (Lausitz) Dr., Martin	_____	Solms Dr., Hermann Otto	_____
Todténhausen, Manfred	_____	Theurer, Michael	
Weeser, Sandra		Ullrich, Gerald	
			

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<b><u>DIE LINKE.</u></b>		<b><u>DIE LINKE.</u></b>	
Beutin, Lorenz Gösta		Dağdelen, Sevim	
Ernst, Klaus		De Masi, Fabio	
Lutze, Thomas		Riexinger, Bernd	
Meiser, Pascal		Tatti, Jessica	
Ulrich, Alexander		Wagenknecht Dr., Sahra	
<b><u>BÜ90/GR</u></b>		<b><u>BÜ90/GR</u></b>	
Andreae, Kerstin		Badum, Lisa	
Dröge, Katharina		Baerbock, Annalena	
Janecek, Dieter		Kotting-Uhl, Sylvia	
Nestle, Ingrid		Krischer, Oliver	
Verlinden Dr., Julia		Müller, Claudia	



---

**Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)**  
Mittwoch, 20. März 2019, 11:00 Uhr

---

FDP (Druckschrift)

Herbrand, Markus





**Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)**  
 Mittwoch, 20. März 2019, 11:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU		
SPD		
AFD		
FDP		
DIE LINKE.		
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		

**Fraktionsmitarbeiter**

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Weidenfeller	SPD	Weidenfeller
DAHM	FDP	Damm
Schneitz	CDU/CSU	Schneitz
Witt, hr	LINKE	Witt
Müller	SPD	Müller
CHRISTEN	LINKE	Christen
Schanninger	FDP	Schanninger
Weg	Bündnis 90/Die Grünen	Weg
Heim	AFD	Heim

**Bundesrat**

Land	Name (bitte in Druckschrift)	Unterschrift	Amtsbezeichnung
Baden-Württemberg			
Bayern	Prurok	<i>[Handwritten Signature]</i>	DR
Berlin			
Brandenburg			
Bremen			
Hamburg			
Hessen	Schweas	<i>[Handwritten Signature]</i>	Ref. in
Mecklenburg-Vorpommern	Petersen	<i>[Handwritten Signature]</i>	Ref. in
Niedersachsen			
Nordrhein-Westfalen			
Rheinland-Pfalz			
Saarland			
Sachsen			
Sachsen-Anhalt			
Schleswig-Holstein			
Thüringen	Jösel	<i>[Handwritten Signature]</i>	Ref.





---

## Teilnehmerliste Sachverständige

Öffentliche Anhörung am Mittwoch, 20. März 2019, 11.00 bis 13.00 Uhr,  
PLH – Europasaal 4 900

---

**Dr. Stefan Mair**  
Bundesverband der  
Deutschen Industrie e. V. (BDI)

**Prof. Dr. Markus Taube**  
Universität Duisburg-Essen

**Dr. Volker Treier**  
Deutscher Industrie- und  
Handelskammertag e.V. (DIHK)

**Prof. Dr. Sebastian Dullien**  
Hochschule für Technik und Wirtschaft  
(HTW)

**Ulrich Ackermann**  
Verband Deutscher Maschinen- und  
Anlagenbau e.V. (VDMA)

**Mikko Huotari**  
Mercator Institute for China Studies  
(MERICS)